

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Organ der Eingeschriebenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 89 zu Hamburg, der allg. Metallarbeitervereine, der Fachvereine der Formner, Alempner, Schlosser und Maschinenbauer, Goldgießer und Gürtler, Feilenhauer, Schmiede, Dreher, Binngießer, Schläger &c. Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 $\frac{1}{2}$, in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Mürnberg, 18. Juli 1891.

Inserate die viergespaltene Peltzelle oder deren Raum 20 $\frac{1}{2}$. Redaktion und Expedition: Mürnberg, Weizenstraße 12.

Ein merkwürdiges Buch.

II.

Wenn man in dem Göhre'schen Buch die Schilderung der Arbeits- und Arbeiterverhältnisse liest, so darf man nicht übersehen, daß der Verfasser immer unter dem Eindruck stand, nach freiem Willen in jedem Augenblick das Verhältniß lösen zu können; vor Allem wußte er sich des Schicksals überhoben, entweder die ganzen Jahre seines Lebens, Tag für Tag in dieser Erntemühle des eintönigen Glends frohnen, oder — verhungern zu müssen. Auf der andern Seite muß man auch im Auge behalten, daß die Gegensätze zwischen dem Leben eines Fabrikarbeiters und eines Angehörigen der sog. besseren Klassen auf ihn auch wieder um so unermittelbarer wirkten. Und wir können nur wiederholen: Göhre vermied jede absichtliche Schönfärberei.

Es ist ein kleiner Zug, aber er ist bezeichnend. Als Göhre im Gewande eines walzenden Handwerksburschen in Chemnitz einzog, frug er — und das verräth ja schon seine absolute Unvertrautheit mit den Verhältnissen — einen an der Straßenecke posirten Schutzmann, wo er wohl Arbeit nachgewiesen bekomme. Und siehe, Göhre mußte sofort die Entdeckung machen, daß auch bei der hohen Obrigkeit Kleider die Leute machen. Denn: „Was sind Sie?“ herrschte der Schutzmann mich in bedeutend unfreundlicherem Tone an, als ich es früher von Schutzleuten gewohnt war.“ Schließlich wies er ihn nach der Zentralherberge.

Göhre schildert nun das Leben auf der Herberge: „Ueber acht Tage habe ich mich in dieser Zentral-Herberge herumgetrieben, meist auch die Nächte hier zugebracht, für mich fürchterliche Nächte in dem gemeinsamen Schlafräume mit schmutzigen stinkenden Betten, Stieluft und vielem Ungeziefer.“ Der Herr Theologe vergißt hierbei nur, daß auch die Arbeiter dieselben Qualen empfinden, bis in der Schule der Noth ihre Gefühle abgestumpft werden. Aber in den „christlichen Herbergen zur Heimath“, die von den frömmelnden Bourgeoiselernen, zum Wohle der Arbeiter“ gehalten werden, — ist es denn da nicht besser? Hören wir das unparteiische Urtheil des Theologen: „Auch in der Herberge zur Heimath übernachtete ich einmal; aber ich schlief auch nicht besser als dort.“

Arbeit suchen war nun leichter, als Arbeit finden. Die blödsinnige Lebensart: Jeder der arbeiten will, findet Arbeit, wird von Göhre schlagend widerlegt mit dem Geständniß, daß es ihm unmöglich war, in einer Fabrik Arbeit zu finden. Ein Herbergskollege rieth ihm schließlich, ins Zwischauer Kohlenrevier zu gehen und unter der Erde Arbeit zu suchen. „Das thun Viele, die hier keine Arbeit bekommen. Aber freilich ist es kein Zunderlecken. Es ist der letzte Ausweg, aber besser als — Hungern.“ So tief saß die Liebe zur Arbeit, der Trieb zur Wahrheit aber doch nicht —

Herr Göhre hatte es leichter; dieser „Ausweg“, der viele der Weg zu frühem Tode, blieb ihm erspart. Er entdeckte sich einem Fabrikdirektor und erhielt dann natürlich sofort Arbeit. „Es war schwere, mir ungewohnte Arbeit... Wenn ich so in der ersten Zeit täglich elf Stunden mit der Handbohrmaschine, oft in der ungemüthlichsten Haltung, Knechtend oder gebückt, oder auf einer Leiter stehend gebohrt hatte, vermochte ich manchmal des Abends vor Schmerzen in den Armen kaum einzuschlafen.“ Was bei dieser Stelle wohl der große Arbeiterfreund Döschelhauser sich denken mag, der jüngst in seiner „Arbeiterzeitung“ die Arbeiter beglückwünschte ob ihres Glücks des gesunden Schlafes, den die armen faulenzenden Ritter von Coupon und Dividende so grausam entbehren müßten! Und so hielt es selbst Herr Göhre nicht allzu lange aus. „Ich fühlte, daß meine Elastizität zu Ende war. So brach ich, wohl allzu plötzlich (Anfangs Juni kam er nach Chemnitz) ab und kehrte Ende August nach Hause zurück.“

Wie fand er nun beispielsweise die Lohnverhältnisse? Er bezog als Tagelöhner einen Wochenlohn von Mk. 12,78. „Davon gingen stets fast 2 Mk. ab: an Krankenkassen-Beiträgen, Strafgebern für Verspätungen und Arbeitsversäumnissen, so daß ich selten mehr als 11 Mk. Verdienst auf die Woche herausbekam. Die übrigen Handarbeiter verdienen 12 bis 15 $\frac{1}{2}$, durchschnittlich wohl 14 $\frac{1}{2}$, Schlosser 15—21 $\frac{1}{2}$, Monteure 22—28, Bohrer 15—19 $\frac{1}{2}$. Dagegen kamen die Akkorbarbeiter bedeutend höher: Gohler im Durchschnitt bis auf 25, Dreher von 20—30, Bohrer von 20—30, einzelne gar bis 40 $\frac{1}{2}$ in der Woche.“

Im Allgemeinen findet er: „Aus Allem geht hervor, daß von Noth unter dieser Arbeiterklasse nicht die Rede sein kann. Jedenfalls ist sie eine der verhältnißmäßig bestgestellten, konsumtionskräftigsten unter der gesammten sächsischen Arbeiterschaft, auch wenn man sich immer vor Augen hält, daß die angegebenen höchsten Zahlen nur für einen kleinen Prozentsatz der Arbeitsgenossen gelten, daß der Durchschnittsverdienst 80 Mark im Monat beträgt und ein Stundenlohn von 32 Pfg. schon als sehr günstig angesehen wird.“

Nun ist ja der Begriff Noth ein sehr relativer; die Herren Theologen, die nicht den Mühseligkeiten solcher Arbeit unterworfen sind, reden bekanntlich schon bei ihrem 4 und 5fach höheren Einkommen von einem Nothstand; aber Herr Göhre widerlegt einige Seiten später sich selbst am besten:

„Der oben angegebene Betrag des jährlichen Durchschnitts-Einkommens 8—900 Mark gestattet bei den heutigen hohen Wohnungs- und Lebensmittelpreisen eben gerade, daß ein Arbeiter mit einer nicht allzu zahlreichen Familie ohne schwere Nahrungsjorge leben kann. Die Sache liegt aber sofort bedeutend ungünstiger, wo, wie bei uns Handarbeitern, das Jahreseinkommen nur zwischen 6—700

Mark betrug, oder wo Krankheiten, Todes- oder andere Unglücksfälle, längere Reserve- und Landwehrübungen des Mannes, oder endlich ein häufig mit einer Arbeitspause verbundener Wechsel der Arbeit einen beträchtlichen Theil auch des höheren Einkommens verschlangen... Im Allgemeinen muß das Urtheil aber dahin zusammengefaßt werden, daß auch bei den angegebenen Durchschnitts-Verdiensten die Lebensführung für eine Arbeiterfamilie nur in den allerbescheidensten, sagen wir beschränkten Verhältnissen möglich war.“

Wir meinen, daß genüge für vorurtheilslos denkende und denkfähige Leute. Warum aber dem Theologen im Arbeitsmittel nie die Frage kam, ob denn nicht die Arbeiter, als die Schöpfer des gesellschaftlichen Reichthums, den ersten Anspruch auf diese Güter besitzen, ob es daher nicht ein sinnloses Verbrechen sei, daß sie in „beschränkten Verhältnissen“, theilweise in geradezu entseßlicher Nothlage fortbegittern müssen, während die faulenzenden Drohnen der Gesellschaft in geistigem und körperlichem Marasmus ersticken? Auch nach einer anderen Richtung verräth der Theologe im Arbeitsmittel seine Unfähigkeit, sich in die Gebankentwelt des Arbeiters hineinzuversetzen. Während er auf der einen Seite ein Loblied singt auf die in den Arbeiterkreisen beobachtete Keilichkeit und Sauberkeit des Arbeitsgewandes, findet er es anderseits wieder auffällig, daß die Arbeiter, namentlich die jungen, unverheiratheten, den größten Werth auf die Sonntagskleidung legen. „Abschließend ist zu sagen, daß sich fast alle über ihre Verhältnisse hinaus gut kleideten.“ Ueber ihre Verhältnisse hinaus! Das ist der Pfaffe, der keine Ahnung davon hat, daß auch dieser Zug nur ein Symptom des allgemeinen Gefühls der Gleichberechtigung, der Forderung nach sozialer Gleichstellung, des Bewußtseins vom eigenen Werth ist, ein Protest gegen die übermüthige Anmaßung der sogen. besseren Gesellschaft, auch äußerlich sich von dem Gesindel zu unterscheiden, auszuzeichnen. Und so kann er denn darunter nichts anderes erblicken als die spezifische sächsische Neigung, die sich am Essen abdarbt, was sie der Eitelkeit opfert.

Auch der Chemnitzer Jahrmart gab ihm Gelegenheit zu zeigen, wie wenig er im Grunde den Gedankenkreis der Arbeiter in sich aufzunehmen im Stande war. Der Chemnitzer Jahrmart ist ein halber Feiertag; und bei Arbeitschluß gab die Direktion gewohnheitsmäßig jedem Arbeiter auf Verlangen einen Lohnvorschuß bis zu 10 Mark. Die Mehrzahl machte hiebon Gebrauch, obwohl sie am nächsten Lohntag den Abzug schmerzlich vermißten. „Ich muß sagen“, bemerkt Göhre, „daß dieser kleine Zug mir kein sehr günstiges Licht auf die wirtschaftliche Fähigkeit der Leute warf.“ Diese Bemerkung ist charakteristisch; sie ist gleichwerthig und entspringt derselben Auffassung wie die brutale Bemerkung: Je mehr die Arbeiter verdienen, desto mehr verprassen

sie; niedrige Löhne sind daher völlig berechtigt. Daß der Arbeiter bei einer nur einmal im Jahre gebotenen Gelegenheit die tägliche Misere vergessen, an einer allgemeinen Volksbelustigung ebenfalls mittheilnehmen will, und umsomehr theilnehmen will, weil am Ende des Jahres bei dem jämmerlichen Verdienste doch bloß die Unterbilanz der Entbehrung sich ergibt — dafür hatte der Dreimonats-Arbeiter kein Verständniß, der an keiner Stelle seines Buches verräth, ob er selbst mit seinem Arbeitsverdienst von 12 Mk. wöchentlich sich auch begnügte und nicht wöchentlich soundsoviel aus eigener Tasche zur Deckung seiner Bedürfnisse zuschoß und so im Stande war, de corriger la fortune — seine Lage zu verbessern!

Wohlthuend und erfrischend gegenüber solcher Kurzsichtigkeit, die übrigens bei allen sogenannten „moralischen“ Gesichtspunkten sich zeigt, ist die Unbefangtheit und Vorurtheilslosigkeit in Beurtheilung sozialer Verhältnisse. Was der Verfasser über die Wohnungsverhältnisse nach seiner eigenen Erfahrung mittheilt, ist einfach grauenhaft. Solche Zustände hielt man bisher, fast hätte ich geschrieben, nur bei Chinesen möglich, nein, sie sind auch bei uns nicht ganz fremd, aber bisher tröstete man sich, daß diese Eiterbeule höchstens bei der „Sachsen-gängerei“ ab und zu schwäre. Ein einziges Beispiel. Er schildert die Wohnung eines alten, langjährigen Arbeiters:

„Dieses Mannes Wohnung bestand nur aus folgenden Gelassen: aus einer Stube, einem wirklichen Kloben, einer einfenstrigen Kammer und einer Dachkammer. In der einfenstrigen Kammer standen zwei Betten, in deren einem ein Pferdebahnkutscher, in deren anderem zwei böhmische Maurer nächtigten. Im Kloben, in einem Bette für sich, schlief die kränkliche (blutflüssige) Frau allein; ihr Mann seit drei Jahren, seitdem seine Frau Niemand mehr neben sich liegen haben konnte, auf dem Sopha derselben Wohnstube, die vom frühen Morgen bis nach 10 Uhr Abends, das heißt für diese Leute bis tief in die Nacht und in die Schlafenszeit hinein, von sämmtlichen schwabenden, essenden, rauchenden Haushaltungsmitgliedern frequentirt wurde. Denn die beiden Maurer mußten schon früh $\frac{1}{2}$ 5 Uhr weg und vorher noch ihren in eben dieser Stube gekochten Kaffee getrunken haben, und der Pferdebahnkutscher kam erst $\frac{1}{2}$ 10 Uhr von einem schweren Dienste zurück und wollte dann noch Abendbrod essen. Wo war da eine wirklich erquickende Nachtruhe für Mann und Frau möglich? Aber das Aergste kommt noch. In der noch übrigbleibenden Bodenkammer standen ebenfalls zwei Betten: in dem einen schlief ein ganz junges Ehepaar, das hier zur Aftersmiete wohnte, Tags über auf Arbeit war und wohl nichts sein eigen nannte, und in dem andern das zwölfjährige Mädchen, das Entelkind des Arbeiters. Man macht sich leicht ein Bild von dem, was dies Kind nächtlicherweise hören und erleben konnte, wie es überhaupt in diesem

und ähnlichen Haushalten selbst bei den besten Willen aller Bewohner zugehen mußte.

„Kamen nun obenrein noch Verwandte oder Bekannte zu Besuch, so war ihre Beherbergung mit weiteren großen, fast ungläublichen Einschränkungen verknüpft. Und alle solche Zustände herrschten unter einer Arbeiter-schaft, die vorher als eine verhältnismäßig gutgestellte bezeichnet werden mußte!“

Wie da das Familienleben sich gestalten muß, liegt auf der Hand. Und es gereicht der Aufrichtigkeit, Wahrheitsliebe und dem sozialen Verständnis des Verfassers zur großen Ehre, daß er bei Beurteilung dieser Frage sich vollständig frei zu machen wußte von den Vorurtheilen frühmünder Erziehung und oberflächlicher Moralpredigerei, die nur die Erscheinung sieht, zu feig oder unfähig ist, die den Erscheinungen zu Grunde liegenden Ursachen zu suchen, zu erkennen und einzugestehen.

Wir werden im nächsten Artikel sehen, wie — sozialdemokratisch-materialistisch der Theologe die heutige Ehe auffaßt und wie er gegenüber dem pfäffischen Geschrei von der Immoralität der niederen Klassen der Chemnitzer Maschinenarbeiter-Vereinigung in dieser Hinsicht ein glänzendes Zeugnis ausstellt.

Aus Amerika.

(Korrespondenz für die „M.A.Z.“)
New-York, 25. Juni.

Seit meinem ersten Briefe sind mehrere Monate vergangen. Ich hätte freilich inzwischen hier und da Gelegenheit gehabt, über Vorkommnisse in der Metall-Industrie, sowie in den Organisationen der in derselben thätigen Arbeiter zu berichten, so besonders über die Konvention der Nat. Maschinen-Union; allein bezüglich des ersteren Punktes hätte es umfangreicher Darlegungen bedurft, und bezüglich des zweiten wäre es von sehr geringem Interesse für die Leser dieses Blattes gewesen. Man muß nämlich in Bezug auf die hiesigen Arbeiterverhältnisse stets Eins im Auge behalten: so lange die Arbeiter-Organisationen dieses Landes lediglich das Zummelfeld der „politischen Drahtzieher“ (der kapitalistischen Parteien) sind, die Wahrheit der Arbeiter-Interessen aber erst in zweiter Linie in Betracht kommt, so lange sind diese Organisationen für die allgemeine Arbeiter-Bewegung von keiner Bedeutung. Dasselbe ist der Fall bezüglich ihrer inneren Einrichtung, Statuten etc., so lange dieselben nicht berart beschaffen sind, daß eine Entwicklung in der Richtung des Fortschritts daraus resultieren kann.

Wie im ersten Briefe mitgeteilt, bestand früher ein nationaler Metallarbeiter-Verband, der auch ein Präorgan („Hammer“) besaß, und welcher vollständig auf fortschrittlicher Basis fußte. Leider ist derselbe aber vor mehreren Jahren — in Folge des allgemeinen Rückschlages nach 1886 — eingegangen. Inzwischen entstand (1889) eine nationale Maschinen-Union im Süden, deren ganzes Wesen aber das der übrigen „konservativen“ Gewerkschaften war. Neben anderen reaktionären Bestimmungen in den Statuten war besonders diejenige, welche Farbige von der Mitgliedschaft ausschloß, Ursache, daß sich die fortschrittlichen lokalen Organisationen dem neuen Verbande nicht anschlossen, sondern eine günstige Periode abwarteten, um wiederum einen National-Verband der Metallarbeiter zu gründen, der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen sollte. Auf der letzten Konvention der „Federation of Labor“ sollte dies in Anregung gebracht werden, doch wurde auf derselben beschlossen, die Konvention der Maschinen-Union abzuwarten, da

dieselbe vielleicht eine Reorganisation vornehmen werde, welche den Anschluß ermöglichen würde. Dies war aber nicht der Fall; nur die 29 Delegaten aus dem Norden stimmten für Entfernung des vorhin erwähnten Paragraphen, während die mehr als 80 des Südens für Beibehaltung waren. Bezüglich der übrigen ausstehenden Punkte verlautete zudem gar nichts. Folgedessen begann das von den lokalen Metallarbeiter-Organisationen von New-York und Brooklyn eingesetzte Organisations-Komitee seine Arbeit und setzte sich mit den lokalen Organisationen in den übrigen Landes-Teilen in Verbindung, um zunächst einen allgemeinen Kongreß zu veranstalten. Dieser ist denn auch zu Stande gekommen und hat vom Montag bis Mittwoch hier getagt. Vertreten waren außer sieben Lokal-Organisationen der Vereinigten Maschinen von New-York und Brooklyn (darunter eine skandinavische) solche in Chicago (zwei Delegaten) Philadelphia, Rochester, New-York und Bridgeport Conn. (je ein Del.); im Ganzen waren 20 Delegaten anwesend. — Der Vertreter des Organisations-Komitees teilte mit, daß er an die Maschinen-Organisationen in 32 Städten Einladungen zur Konvention geschickt, aber von verschiedenen derselben keine Antwort erhalten habe, während sämtliche Agenten der sozialistischen Arbeiter-Partei, an welche er sich wendet, um die Adressen von Maschinen-Unionen zu erfahren, ohne Ausnahme antworteten und in Syracuse-New-York von den Sozialisten eine Maschinen-Union gegründet wurde. Von den Lokal-Unionen der südlichen Maschinen-Organisationen antworteten sechszehn.

Das Resultat der Verhandlungen war die Gründung eines National-Verbandes mit dem Namen „International Union of Machinists of America“, der alle Arbeiter, welche dem Maschinenbaugewerbe angehören, als Mitglieder beitreten können. Die Konvention erklärte sich einstimmig für politische Aktion und wählte die in New-York erscheinenden sozialistischen Blätter „Volk-Zeitung“ und „People“ (englisch) als Verbands-Organ. Die Resolution bezüglich des ersteren Punktes lautete: „In Erwägung, daß es mit jedem Tage deutlicher zu Tage tritt, daß die Lage der arbeitenden Klasse durch sogenannte „reine Gewerkschaften“ auf die Dauer nicht gebessert werden kann, da das gegenwärtige Produktionssystem die Arme der Arbeitslosen in erschreckender Weise fortwährend vermehrt, wodurch die bestorganisierten Unions vernichtet werden müssen; und in Erwägung, daß, um die Lage der Arbeiter dauernd zu bessern, es unumgänglich notwendig ist, daß die Arbeiter in die politische Bewegung eintreten und mit Hilfe des Stimmrechts die politische Macht an sich reißen, um alsdann an Stelle des ausbeuterischen Produktionss-Systems das kooperativ-System einzuführen; in Anbetracht, daß die von hervorragenden Gewerkschaftsführern besorgte Präferenzpolitik den Arbeitern niemals zu ihrem vollen Rechte verhelfen wird, sei es beschlossen, alle Unions aufzufordern, unabhängige Arbeiter-Politik zu betreiben.“

Ferner wurde beschlossen, daß der Verband der „Federation of Labor“ beitreten solle; deren Präsident Gompers, nebenbei bemerkt, einer von jenen Arbeiterführern ist, welche noch nicht über die „Professionspolitik“ hinausgekommen sind.

Als Zweck der Union wurde bezeichnet, das materielle und geistige Wohl aller Arbeiter im Maschinenfach zu fördern durch: Organisation, Aufklärung, Reduktion der Arbeitszeit und allmählicher Abschaffung aller das Gewerbe schädigenden Uebel, Gründung von Arbeitsnachweised-Bureaus, Unterstützung der Mitglieder und Agitation zu Gunsten unabhängiger politischer Aktion. — Die Exekutiv-Behörde besteht aus sieben Mitgliedern,

wobon eins als Sekretär und Schatzmeister fungiert; die Einsetzung eines Präsidenten wurde mit allen gegen eine Stimme verworfen.

Der gemachte Anfang ist freilich ein bescheidener; es kommt nun darauf an, wie sich das Leben in der Arbeiter-Bewegung im Allgemeinen gestaltet. Günstig sind augenblicklich die Aussichten nicht; es herrscht im Ganzen eine unheimliche Stille!

Die „Eisen-Zeitung“

hat wieder einmal gesprochen. Aber frage man nur nicht wie. Die in Bernburg erfolgte Aussperrung der Former gab ihr die Gelegenheit, unter der Rubrik „Streik-Nachrichten“ das dummdreiste Zeug zu — schwefeln. Damit sich jeder Leser ein Urtheil darüber bilden kann, wie sich in den Köpfen der Eisenzeitungs-männer „die Welt so ganz anders malt“, legen wir das offenbar unter den Wirkungen der Hundstagshitze entstandene Produkt hierher:

„Wenn in der ganzen Welt kein Arbeiter streikt, so müssen die Former doch ihr Streik-vorrecht geltend machen. Die Ursache ist die alte: Jrgendwo wird gestreikt; die Robelle sollen anderswo gegossen werden, deshalb erklären sich auch diese Former mit ihren Kollegen solidarisch und streiken, weil ihnen die anderswo verlassene Arbeit zugemutet wird. Die Arbeitgeber erklären diesen Streik nach den Satzungen des Verbandes der Metallindustriellen für unberechtigt, und so stehen sich die Meinungen scharf gegenüber. Wo das Recht liegt, ist gar nicht so sehr schwer zu entscheiden, als es den Anschein hat. Nehmen wir an, die Former üben ihr Streikrecht „mit Recht aus“ und verallgemeinern wir den Fall so, daß, wenn in einem Teil der Gießereien aus irgend einem Grunde gestreikt wird, die betreffenden Robelle auf sämtliche Gießereien des Reichs vertheilt würden. Unter der weiteren Voraussetzung, daß Former und Gießereien auf das denkbar beste organisiert seien, würde nunmehr von sämtlichen Formern Deutschlands gestreikt werden. Die weitere Folge wäre Schließung sämtlicher Maschinen-fabriken, da dieselben ohne Guß nicht arbeiten können, und das Fazit des Ganzen, daß mehr als hunderttausend Menschen außer Brod kommen; und warum? weil irgendwo ein Paar Former unzufrieden sind, sei es mit ihrem Meister oder den Lohnverhältnissen. Da es aber stets unzufriedene Former geben wird, so würde der allgemeine Streik in Permanenz erklärt werden. Das wäre ganz nach dem Herzen der Agitatoren, welche einseitig die Arbeits-Bedingungen diktiren wollen. Daß ein solcher Streik seitens der Arbeiter völlig undurchführbar und nur von sehr kurzer Dauer sein kann, bedarf keines Beweises.“

Also, „die Meinungen stehen sich scharf gegenüber“. Dieser Thatsache gegenüber wagt es nun nicht einmal die Eisen-zeitung, direkt zu sagen, wer Recht hat, sie sucht auf Umwegen den Beweis zu erbringen, daß die Fabrikanten Recht haben, indem sie das Gespenst der Schließung sämtlicher Gießereien und Maschinenfabriken an die Wand malt, welche Maßnahme eintreten könnte, bloß „weil irgendwo ein Paar Former unzufrieden sind.“ Nein, verehrteste Eisen-tante, so sehr wir auch daran glauben, daß manchmal kleine Ursachen große Wirkungen haben, so glauben wir doch nicht daran, daß die Herren Kapitalisten wegen der „Unzufriedenheit von ein Paar Formern“ ihre Fabriken schließen und auf irgend einen erreichbaren Profit verzichten. Schädigen ja doch kleine Streiks die Herren Kapitalisten schon empfindlich, wie man das in derselben Nummer der „Eisenzeitung“, der Obiges entnommen, lesen kann. Die Herren Kapitalisten sind aber sehr unzufrieden, wenn mal die Dividende etwas magerer ausfällt. Die „Eisenzeitung“ wird daher zugeben, daß auch ein Streik der „Arbeitgeber“ durch Schließung der Fabriken völlig undurchführbar ist. Darüber noch ein weiteres Wort zu verlieren, wäre Zeitverschwendung.

Die „Eisen-Zeitung“ treibt nun hier wieder, wie so oft schon, Falschmünzerei, indem sie von Streiks spricht, während

thatsächlich eine Aussperrung stattgefunden hat. Die Former sind ausgesperrt worden, weil sie sich über die rüpelhafte Behandlung seitens eines Ingenieurs beschwerten. „Wo das Recht liegt, ist daher gar nicht so schwer zu entscheiden“ — gewiß, man darf nur nicht mit der Gehirnstruktur der Eisenzeitungs-männer behaftet sein. Wenn die Former für ihre in frivoler Weise gemäßigten Kollegen solidarisch eintreten, so sind sie damit jedenfalls mehr im Recht, als wenn die Fabrikanten „diesen „Streik“ nach den Satzungen des Verbandes der Metall-Industriellen für unberechtigt erklären.“ Es kommt bei solchen Umständen nun allerdings zunächst darauf an, ob die Arbeiter auch die Macht haben, ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen.

Würden alle Arbeiter von dem richtigen Geiste erfüllt sein, dann wäre ihnen in den meisten derartigen Fällen der Sieg gewiß.

Was das Verstehe von der „einseitigen Diktierung der Arbeitsbedingungen“ betrifft, so ist diese ekleide Phrase schon oft genug widerlegt worden. Bei den Beratungen des „Arbeiterschutzes“gesetzes im Reichstage sind zahlreiche Beweise erbracht worden, daß lediglich die Unter-nnehmer es sind, die ihre ökonomische Machtstellung mißbrauchen, um den Arbeitern die drückendsten Arbeits-Bedingungen zu diktiren.

Die „Eisenzeitung“ thäte besser, ihre moralische Entrüstung gegenüber anderen Erscheinungen als den Former „streiks“ an den Nagel zu legen. Aber sie handelt nach dem bekannten: Haltet den Dieb! Während sie dies thut, vertheidigt sie die Schienenflücker und Stempelfälscher!

„Sage mir, mit wem Du umgehst und ich will Dir sagen wer Du bist!“ —

Etwas über Innungsschieds-gerichte.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „Neue Tischler-Zeitung“ nachfolgenden Artikel, der uns zu der in Frage stehenden Angelegenheit eine durchaus zutreffende Stellung zu nehmen scheint. Das Blatt schreibt:

In der Günther'schen „Deutschen Tischler-Zeitung“, dem jetzigen offiziellen Organ des „Bund deutscher Tischlerinnungen“, finden wir folgenden Bericht aus Magdeburg:

„Die Innung hatte zu Mittwoch, den 27. Mai, Abends 8 Uhr, im Fürstehof eine Versammlung sämtlicher bei Innungsmestern arbeitender Gesellen einberufen zur Wahl von zwei Vertretern und zwei Stellvertretern zum Innungsaus-schuss-Schiedsgericht seitens der Gesellen.“

Es waren ungefähr 600 Gesellen anwesend. Auch die Meister waren ziemlich zahlreich vertreten.

Der Obermeister Wiesede eröffnete um halb 9 Uhr die Versammlung. Von einem der Gesellen wurde darauf ein Antrag zur Geschäftsordnung schriftlich eingereicht und vom Vorsitzenden verlesen, des Inhalts: daß die Gesellen nicht gewillt seien, zu wählen.

Der Obermeister forderte daher diejenigen, welche nicht wählen wollen, auf, das Sozial zu verlassen, worauf sich dieselben unter Absingung der Arbeiter-Marshallaise langsam entfernten.

Von den zurückgebliebenen 35 Gesellen wurden, nachdem von Herrn Buschnat das Wesen des Schiedsgerichts durch Verlesung des Statuts klargestellt war, vier anwesende Gesellen zu den betreffenden Ämtern in Vorschlag gebracht, welche nach Genehmigung eines Statuten-Nachtrages der Aufsichtsbehörde zur Bestätigung empfohlen werden sollen.“

Dieser Vorgang in Magdeburg gibt uns Veranlassung, der Frage einmal näher zu treten, ob es unter den heu-

tigen Verhältnissen noch unter allen Umständen richtig ist, wenn sich die organisierten Arbeiter an dergleichen Wahlen nicht beteiligen.

Nach § 79 des Gesetzes über die Gewerbevereine ist überall dort, wo Innungs-Schiedsgerichte bestehen, die Zuständigkeit der auf Grund des genannten Gesetzes errichteten Gewerbevereine für den Bezirk der betreffenden Innungen ausgeschlossen. Es werden demnach z. B. künftig jene 600 Magdeburger Tischler, welche die Wahl von Beisitzern zum Innungs-Schiedsgericht abgelehnt, so lange sie bei Innungsmeistern beschäftigt sind und mit solchen in gewerbliche Streitigkeiten gerathen, ihr Recht nicht bei dem (gemäß des neuen Gesetzes doch jedenfalls in Magdeburg zur Errichtung kommenden) allgemeinen Gewerbegericht suchen können, sondern werden sich dem Richter-spruch unterwerfen müssen, den jene von den zurückgebliebenen 35 Gesellen erwählten Beisitzer mitfassen.

Gegen die Urtheile der Innungs-Schiedsgerichte steht den davon Betroffenen allerdings die Berufung an die ordentlichen (Amts- und Land-)Gerichte offen, doch sind bekanntlich die Chancen, welche der Arbeiter auf diesem Prozeßwege hat, sehr gering. In den meisten Fällen werden sich künftig die Arbeiter bei dem Entscheid des Innungs-Schiedsgerichts beruhigen müssen.

Dieser Umstand kann es aber den bei Innungsmeistern beschäftigten Arbeitern nicht gleichgültig erscheinen lassen, wie das Schiedsgericht, dessen Urtheil sie sich eventuell fügen müssen, zusammengesetzt ist, d. h. was das für Leute sind, aus denen es besteht, ob sie über die Dinge, über die sie urtheilen sollen, sich auch ein zutreffendes Urtheil bilden können, und ob sie die nötige Charakterfestigkeit und den nötigen Muth besitzen, ihrer Meinung auch Ausdruck zu verleihen.

Wir bezweifeln nun aber sehr, daß die von den in der Magdeburger Versammlung zurückgebliebenen erwählten Beisitzer jene nothwendigen Eigenschaften haben. Was werden denn jene 35 Personen, die sich dem Vorgehen der Allgemeinheit der dortigen Kollegen nicht anschlossen, die der Innung zu Willen waren, für Leute gewesen sein? Wahrscheinlich Werkführer, Meistersöhne und Liebediener, auf keinen Fall aber Männer, die sich mit ihren übrigen Kollegen solidarisch fühlten.

Und dieser Art werden auch die von ihnen zu den betreffenden Aemtern erwählten Leute sein; man wird Personen gewählt haben, welche der Innung genehm sind.

Ist damit aber der Allgemeinheit der dortigen Tischler gedient? Gewiß nicht. Denn bei dem Egoismus und dem Geist der Unterdrückung und Bevormundung, der in allen Innungen herrscht (und worin sicher auch die Magdeburger Tischler-Innung keine Ausnahmestellung einnimmt) wird sich die Sache mit den Innungs-Schiedsgerichten für die in Frage kommenden Arbeiter um so ungünstiger gestalten, je weniger die Arbeiterbeisitzer das sind, was man klar denkende, energische und charakterfeste Männer nennt.

Wir sind daher der Meinung, daß überall dort, wo die Innungen mit der Errichtung von Schiedsgerichten vorgehen — und das wird wahrscheinlich noch an sehr vielen Orten geschehen — die Innungen dieses ihr neuestes Privilegium nach Kräften auszunutzen suchen werden, und es den organisierten Arbeitern nicht möglich ist, die Wahl von Arbeiter-Beisitzern ganz zu verhindern, und es entschieden besser ist, wenn sie dann Alle daran Theil nehmen, damit wenigstens tüchtige Leute und keine Hampelmänner, die nur nach der Pfeife der Innungsmeister tanzen, gewählt werden.

Es ist mit dem Gesetz über die Gewerbevereine eben dasselbe Verhältniß, wie mit denen über die Unfallversicherung

und die Invaliditäts- und Altersversorgung: Die Gesetze entsprechen den Anforderungen, welche die Arbeiter an sie zu stellen berechtigt sind, nicht, aber sie sind nun einmal da, sind obligatorisch, der Arbeiter kann sich ihrer Wirkung nicht entziehen, er würde sich daher in das eigene Fleisch schneiden, wenn er nicht darauf bedacht sein wollte, wenigstens so viel Vortheil für sich dabei herauszuschlagen, als die betreffenden Gesetze nur immer zulassen.

Bei den Innungs-Schiedsgerichten liegen nun die Dinge so: Will eine Innung ein solches errichten, so muß die eine Hälfte der Beisitzer, die Arbeitervertreter, von den bei den Innungsmeistern beschäftigten Gesellen gewählt werden; lehnen diese die Wahl ab, so kann das Schiedsgericht nicht zu Stande kommen. Zu wünschen wäre in nun allerdings, wenn überhaupt kein solches zu Stande käme. Es fragt sich aber nur, ob die organisierten Arbeiter überall in der Lage sein werden, das Zustandekommen zu verhindern. Das dürfte nur an wenig Orten der Fall sein; einige Kreaturen, die der Innung den Gefallen thun, werden sich in den meisten Fällen finden. Deshalb rathen wir nochmals, ist man sich von vornherein nicht sicher, daß die Innung ihren Willen nicht bekommt, dann Alle mitwählen, aber Leute, die sich von der Innung nicht mißbrauchen lassen.

Was leistet der deutsche Metall-Arbeiter-Verband an Reisegeldern?

Dem Leser wird diese Frage sonderbar vorkommen, weil er sich sagt, daß dies ja im Verbandsstatut bestimmt sei. Ganz recht. Nun ist aber in vielen Kreisen die Meinung verbreitet, der Verband leiste auf Grund des § 5 weniger als unter dem bisherigen Zustande geleistet wurde. Dieser irrigen Auffassung zu begegnen, das ist der Zweck dieser Zeilen. Wir werden mit Hilfe des von Herm. Cappus herausgegebenen „Reisehandbuch für Buchdrucker, verwandte Berufsgeossen und Arbeiter anderer Gewerbe“ an einzelnen Touren den Unterschied zwischen dem bisherigen Zustande und dem künftigen nachweisen.

Wir dürfen uns bei Beurtheilung der Leistungen nicht dadurch irre führen lassen, daß z. B. bisher ein Reisender in Mannheim und in dem nur durch den Rhein davon getrennten Ludwigshafen je 50 J Geschenkt erhielt; oder dadurch, daß in dem 17 Kilometer von Stuttgart entfernten Göttingen 75 J bezahlt wurden, während nach dem Verbandsstatut nur 34 J geleistet werden. Gerade der Umstand, daß in gewissen Bezirken an einer großen Anzahl von Orten Reisegeld gewährt wurde, hat zu vielen Mißbräuchen geführt, indem Mancher eben nur solche Bezirke aufsuchte, wo möglichst viel zu holen war. In Zukunft wird das aufhören, die Lasten sind gleichmäßig vertheilt und der reisende Genosse erhält für den in organisationsarmen Gegenden zurückgelegten Weg das gleiche wie für den in mit Organisationen dicht besetzten Gegenden. Wir müssen über die engen Grenzen einzelner Bezirke hinaus sehen und dann erhalten wir das Bild, daß der neue Verband an Reisegeldern bedeutend mehr leistet als bisher zu leisten war.

Weil wir zufällig in Nürnberg sind, so beginnen wir von da aus mit unserer Beweisführung:

Die Wegstrecke von Nürnberg bis Regensburg ist 103 Kilometer, dafür bezahlt der Verband M 2,06, bisher ist in Regensburg 50 und umgekehrt in Nürnberg 1 M bezahlt worden.

Regensburg—München. 121 Kilometer. Verband M 2,42, bisher 1 M bezw. 50 J.

München—Nürnberg über Ingol-

stadt, Schwabach. 188 Kilometer. Verband M 3,66, bisher in Schwabach 30 J, in Nürnberg 1 M, auf. 1,30.

Wir treten die Reise in Berlin an: Berlin—Dresden. 186 Kilometer. Verband M 3,72, bisher Dresden 75 J; oder falls die Strecke über Baugen gemacht wird, hier 60 J, auf. M 1,35.

Berlin—Leipzig über Potsdam, Bittenberg, Gräfenhainichen, Bitterfeld, Delitzsch. 178 Kilom. Verband M 3,56, bisher Potsdam 50 J.

Berlin—Magdeburg über Potsdam, Brandenburg, Genthin, Burg. 142 Kilometer. Verband M 2,84, bisher Potsdam 50 J, Brandenburg? Burg?

Berlin—Schwerin. 197 Kilometer. Verband M 3,94, bisher Schwerin? Berlin—Stettin. 147 Kil. Verband M 2,94, bisher Stettin 1,50.

Berlin—Frankfurt a. O. 81 Kil. Verband M 1,62, bisher Frankfurt 1 M (nur für Former).

Von Schwerin nach Magdeburg. 186 Kilometer. Verband M 3,72, bisher Magdeburg 75 J.

Treten wir in Hamburg die Reise an: Hamburg—Bremen. 113 Kilometer. Verband M 2,26, bisher Harburg 75 bezw. 40 J, Bremen 75 J, zusammen M 1,50 bezw. 1,35.

Hamburg—Schwerin. 109 Kilom. Verband M 2,18, bisher Harburg 75 bezw. 40 J, Schwerin?

Hamburg—Wilhelmshaven. 142 Kilometer. Verband M 2,84, bisher Altona 75 J bezw. 1 M, Gesehmünde (nur Former) 50 J, Wilhelmshaven? zusammen M 1,50 bezw. 2 M.

Hamburg—Flensburg. 161 Kilom. Verband M 3,22, bisher Neumünster? Schleswig 30 J, Flensburg M 2,25, für Former, 75 J für Metallarbeiter, 50 J für Klempner.

Wir kommen zu Hannover: Hannover—Magdeburg. 148 Kilometer. Verband M 2,96, bisher Braunschweig 1 M bezw. 50 J Helmstedt? Magdeburg 75 J, zusammen M 1,75 bezw. 1,50.

Hannover—Osnabrück. 121 Kilometer. Verband M 2,42, bisher Osnabrück 50 J.

Hannover—Bremen. 112 Kilom. Verband M 2,24, bisher Bremen 75 J.

Begeben wir uns in andere Gegenden: Ludwigshafen—Stuttgart. 130 Kilom. Verband M 2,60, bisher Heidelberg 30 J, Stuttgart 75 J, auf. M 1,05.

Stuttgart—Nürnberg. 176 Kilom. Verband M 3,52, bisher Cannstatt 75 J.

Stuttgart—Freiburg. 167 Kilometer. Verband M 3,34, bisher Freiburg 50 J.

Freiburg—Konstanz. 141 Kilom. Verband M 2,82, bisher Konstanz 50 J.

Freiburg—Karlsruhe. 144 Kilometer. Verband M 2,88, bisher Karlsruhe 1 M.

Karlsruhe—Stuttgart. 78 Kilom. Verband M 1,56, bisher Stuttgart 75 J.

Damit wollen wir es für heute genug sein lassen. Unsere nächste Aufgabe besteht nun darin, an allen bedeutenden Punkten, an denen wir noch nicht Fuß gefaßt, Bahnhöfe zu errichten.

Die große Aufgabe der Arbeiterbewegung unserer Tage.

II.

Die große Aufgabe der Arbeiterbewegung unserer Tage besteht also nach Professor Ziegler darin, die Massen zu organisieren und zu erziehen.

Daß schon ein ganz erheblicher Theil der deutschen Arbeiterschaft und auch der Arbeiterschaft anderer Länder, besonders Englands und Frankreichs, erfolgreich mit der Arbeiterorganisation beschäftigt ist, steht nun ja fest, und wenn in dieser Beziehung noch etwas fehlt, so liegt das nicht an den Klaffenbewußten und über

ihre Lage aufgeklärten Arbeitern, sondern vielmehr an den Regierungen und hauptsächlich an der deutschen Reichsregierung.

Die Regierung des deutschen Reiches hat sich zu den Organisationen, welche aus dem freien Willen und der freien Initiative der Arbeiter hervorgegangen sind, niemals freundlich gestellt und sie niemals gefördert, im Gegentheil hat sie alles gethan, um sie zu hindern und in ihrer Entwicklung zu hemmen, ja, um sie womöglich zu vernichten, oder doch zum mindesten, um sie dem allmählichen Verfall zu überliefern.

Selbst die zahmen Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereine haben sich vor behördlichen Schikanen und Interessen-Schädigungen aller Art kaum zu retten gewußt.

Hat die Reichsregierung aber erst eingesehen, daß dem Arbeiterstande die Organisation nöthig ist, und daß es sich bei dieser Organisation darum handelt, die Arbeiter zu sozialpolitisch selbstthätigen Menschen zu erziehen, so ist sie gehalten, allen Bestrebungen der Arbeiter, sich zu organisieren, auf das bereitwilligste entgegen zu kommen und sie, soweit es nur angeht, zu fördern. Ja, sie hätte noch viel mehr thun können, sie hätte auf dem Wege der Gesetzgebung, ebenso wie für die Kinder des Volkes den Schulzwang, für die erwachsenen Arbeiter den Organisationszwang einführen sollen, und zwar nicht nur den Organisationszwang für Kranken-, Alters- und Invaliden-Unterstützungszwecke, sondern für alle sich auf die Arbeiterinteressen im Allgemeinen beziehenden Bestrebungen.

Natürlich dürfte sie nicht versuchen, diese Gelegenheit für politische Zwecke auszunutzen; sie dürfte den Arbeitern nicht bürokratische Leitung aufzuzwingen; die Arbeiter müßten ganz unter sich und frei bleiben, um aus sich selbst heraus die leitenden Kräfte gewinnen und so sich erziehllich entwickeln zu können.

Was geschehen ist, ist nun allerdings geschehen. Daß die Regierung aber in Gegenwart und in Zukunft verständiger werde und einsichtiger sowohl, als selbstloser handle, dafür müssen Männer, wie Prof. Ziegler, Sorge zu tragen bemüht sein. Gewiß ist bis dahin, daß die Reichsregierung und alle die verschiedenen deutschen Landesregierungen einsehen lernen, wie sehr die selbständigen Arbeiterorganisationen nothwendige und nützliche Einrichtungen sind, noch ein weiter Weg.

Aber wenn diese Erkenntniß auf den national-ökonomischen Kathedern aller Universitäten gepredigt wird, und wenn sogar Stifter wie Prof. Ziegler den Nationalökonomien in ihren Bemühungen beistehen würden, der Regierung die Augen und die Köpfe für ihre sozialpolitischen Pflichten zu öffnen, so würde es schließlich doch noch dazu kommen können, daß die Staatsmänner der Regierung wie die Gesetzgeber die Arbeiter in ihrem Streben nach unabhängigen Organisationen durch Einführung des Organisationszwanges, unterstützen würden, der alle verständnislosen und indifferenten Arbeiter in die Dreschen der Arbeitervereinigungen triebe, — statt sie wie bisher mit feindseligen Blicken zu betrachten, sie zu maßregeln und sie, wenn sich irgend eine gesetzliche Handhabe dazu bietet, zu unterdrücken.

Was nun die Arbeitgeber anlangt, so thäte es beglückend noth, sie in viel energischerer Weise als es bei den Arbeitern geboten ist, an das, was ihnen noth thut, zu erinnern. Es kann doch keine Frage sein, daß sie den unabweisbaren Zeitforderungen noch erheblich verständnis- und theilnamloser gegenüberstehen als die Arbeiter. Auch sie bedürfen der Organisation, aber nicht zu Kampfwegen, nicht zu gemeinsamem Widerstande gegen die Arbeiterforderungen, sondern zur Lösung der lohnenden Aufgabe, die Produktion schon auf dem Boden der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise rationaler und planvoller zu gestalten, die unsaubern und

gar zu egoistischen Elemente unter ihnen selbst ihr Rüstig zu bekämpfen, mit der Zeit mehr und mehr auszuschließen und die Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern durch stets weitergehende Angehörigkeiten an die Arbeiter so gut als die augenblicklichen Produktions-Verhältnisse gestalten, beizulegen.

Was wir da von den Arbeitgebern verlangen, heißt allerdings nicht wenig verlangen. Wir erheben den Anspruch, daß die Arbeitgeber sich unter anderem zu dem Zweck organisieren, um selbst den Märgen aus der, schon lange und immer größer werdenden Bevölkerung, auch immer mehr Arbeitgebern verhängnisvoll werdenden, privatkapitalistischen Produktionsweise selbst mit vorbereiten zu helfen.

Auch den Arbeitern dürfte eine solche Forderung gegenwärtig noch wie ein Späß erscheinen, wie eine Aufforderung, die Arbeitgeber möchten selbst anfangen, den Ast abzuhacken, auf dem sie sitzen.

Aber gerade diese Thätigkeit üben die Kapitalisten mit ihrer freien Konkurrenz ja ununterbrochen; sie würden dabei gegen ihre eignen Interessen viel schlimmer, als sie es thun würden, wenn der von uns hier wiedergegebene Vorschlag Berücksichtigung fände.

Der ganze Ast des Kapitalismus wird abgeägt, dafür sorgt der Kapitalismus selbst. Die ungeheure Mehrheit der Kapitalisten von heute hat nur zu wählen, ob sie von ein paar Nothschilden, etlichen Baronen Dirich oder von Großschwindlern, wie z. B. auch der wirkliche geheime Süwienne-Verführer und Steuerparter Ware, so elend wie möglich in die Reihen der Besitzlosen zurückgestoßen werden, oder ob sie selber mit bei der Organisation einer vernünftigeren Produktionsart hilfreiche Hand anlegen und sich somit von dem Elend des wirtschaftlichen Rückschrittes und Unterganges retten will.

Also für Organisation und Erziehung der Massen sind wir auch, und wir thun schon seit geraumer Zeit nach besten Kräften das unsere dazu.

Sorgen Sie, Herr Prof. Ziegler, daß die Leute, die Ihnen als Klasse nahe stehen, die Besitzenden, und ebenso, daß auch die Männer der Regierung das ihre thun.

„Sparkassen für Verbrecher“

„So nennt die „Vaugewerks-Zeitung“ in einem Artikel die Berufs-Genossenschaften. Das Unfallversicherungsgesetz, so führt der Artikel aus, habe eine baldigste Ausfüllung bedürftige Lücke. Dieselbe soll darin bestehen, daß es an einer Bestimmung mangelt, wonach eine festgesetzte Rente ruht, so lange der Berechtigte eine die Dauer von einem Monat übersteigende Freiheitsstrafe verbüßt oder in einem Arbeitshaufe bezw. in einer Besserungsanstalt untergebracht ist.“

Eine derartige Bestimmung“, so heißt es weiter — „enthält das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz in seinem § 34 und es erscheint erforderlich, dieselbe sobald als möglich auch für das Unfallversicherungsgesetz zu schaffen, bevor aus dem Mangel derselben noch schlimmere Folgen, wie bereits geschehen, entstanden sein werden. Der Fortgang der Renten für Strafgefangene oder in Arbeitshäusern z. länger als ein Monat untergebrachte Personen während der Haftstrafe z. ist nicht nur durch nichts zu rechtfertigen (1), sondern auch unnötig und von demoralisirender Wirkung. Ungeachtet fertig und unnötig, weil für die betreffenden Rentenberechtigten während der Zeit ihrer Strafverbüßung eine andere Fürsorge eintritt und deshalb diejenige der Berufs-Genossenschaft überflüssig wird; von demoralisirender Wirkung, weil die nachträgliche Auszahlung der häufig zu einem erheblichen Kapitalbetrage angewachsenen Renten nach der Entlassung aus dem Zuchthaus z. sich als eine Art Prämie für das begangene Verbrechen oder Vergehen darstellt und den Entlassenen zu Ausschweifungen und neuen Verbrechen reizt. Der Entlassene erhält oft so viel Geld, wie er in seinem Leben beilebte, nie besessen hat (1), er wird sich in den meisten Fällen für die vermeintlichen Entbehrungen während der Strafzeit schadlos halten wollen, der Lüderlichkeit ausbehalten und sich, nachdem der Betrag verbraucht worden ist, beilen, in das Gefängnis zurückzuführen, damit der Berufs-

genossenschaft wiederum Gelegenheit gegeben werde, für ihn eine neue Sparkasse anzulegen.“

Wir haben es hier wieder mal mit einer jener tendenziösen niederrückigen Spiegelreflexionen zu thun, in denen die Vertreter der Interessen der Unternehmerrückwärtschrittlichkeit bekanntlich Meister sind. Jetzt soll gar der Rentenempfänger, so lange er als Verbrecher die „Fürsorge“ der Rente genießt, des Rentenbezuges verlustig gehen! Der Artikelreiber behauptet, ihm seien verschiedene Fälle“ bekannt, in welchen die Ansaumlungen von Kapitalien durch die Berufs-Genossenschaften für Sträflinge die vornehmlich geschädigten Folgen gehabt haben, und er fügt der Mittheilung eines solchen Falles folgende Bemerkungen hinzu:

„Wenn man bedenkt, wie unendlich schwer es vielen Arbeitgebern fällt, die Beiträge zu leisten, wie dieselben so oft ihnen nothwendige Gegenstände in der Zwangsverhaftung dahingeben müssen um der Berufs-Genossenschaft gerecht zu werden, so muß man es als geradezu himmelschreiend (1) bezeichnen, daß die mit so schweren Opfern aufgebrauchten Gelder zu derartigen Zwecken verwendet werden müssen. Es hat gewiß nicht im Sinne des Gesetzgebers gelegen, den Arbeitgebern Lasten aufzuerlegen, um der Lüderlichkeit Vorschub zu leisten und zu Prämien für begangene Verbrechen beizutragen.“

Einem gewissen Sinn würde es haben, wenn den Ehefrauen und Kindern Inhaftirter gleiche Entscheidungen gewährt würden, wie solche nach § 7 des Unfallversicherungsgesetzes den Angehörigen in Krankenhäusern unergablicher Verletzte zukommen. Wir sagen nur einem gewissen Sinn, keineswegs aber eine Berechtigung, da die Haftstrafe außer jedem ursächlichen Zusammenhang mit dem Unfall steht. Jedenfalls ist es durch nichts zu rechtfertigen, daß für den in der Strafhaft befindlichen und dort versorgten Arbeiter Kapitalien angesammelt werden.“

Deshalb erscheint es als eine bringende Pflicht, die schon im vorigen Jahre seitens der Berufs-Genossenschaften, namentlich Baugewerks-Verufs-Genossenschaften, gestellten Anträge zu unterstützen, damit die entsprechende Ergänzung des Gesetzes baldigst stattfindet im Interesse der ohnehin stark belasteten Unternehmer, der Gerechtigkeit und Moral.“

Der Gerechtigkeit und Moral! Ja allerdings, aber nur der kapitalistischen, die sich von der wirklichen sehr unterscheiden. Die „sittliche Entrüstung“, welche der Artikel darüber zur Schau trägt, daß die Berufs-Genossenschaften „Prämien“ für begangene Verbrechen zahlen sollen, ist recht bedenklicher Art; es verbirgt sich dahinter doch nur das Bestreben, unter Berufung auf die „staatliche Fürsorge“, welche der Sträfling genießt, für die Berufs-Genossenschaften etwas zu profitieren. Man lasse doch die Gerechtigkeit und Moral dabei aus dem Spiele. Ob der Rentenempfänger im Gefängnisse oder in der Freiheit den ihm verulienen Rest seiner Arbeitskraft gebraucht, das kann natürlich den Berufs-Genossenschaften „von Rechts wegen“ gleichgültig sein. Wir glauben, es würde, wenn man dem in Strafhaft befindlichen Rentenbezugsberechtigten die Rente entzöge, Leute geben, die aus Rücksicht auf die „stark belasteten Unternehmer“ durchaus nicht „sittlich entrüstet“ thun würden, wenn alle Unfallrentner als Verbrecher in die Gefängnisse geriethen. Die Berufs-Genossenschaft könnte ja nur dabei profitieren!

Der Hinweis darauf, daß im § 34 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes die betreffende Bestimmung enthalten ist, ist ein wenig glücklicher. Denn gegen diese Bestimmung sind schwere rechtliche Bedenken geltend zu machen, besonders das eine, daß der Rentner gesetzlich gezwungen gewesen ist, sich durch Beitragszahlungen den Anspruch auf Rente zu erwerben.

„Grundstein.“

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Uebertritts- u. Uebergangs-Bestimmungen.

A. Uebertritt der Vereine.

1) Der Verband gestattet Vereinen, welche sich bis 1. August 1891 in eine örtliche Verwaltungsstelle umwandeln, den Uebertritt, ohne daß er ein Beitrittsgeld für die Mitglieder beansprucht. Das nach erfolgter Liquidation des Vereins noch vorhandene Baarvermögen muß dem Verbandsüberwiesenen werden, da derselbe vom 1. August ab auch sämtliche nach dem Verbandsstatut erwachsende Verpflichtungen übernimmt. Alle am Orte entbehrlichen Geldmittel sind daher umgehend an den Verbandsvorstand einzufenden, um eventuell an bedürftige Zahlstellen Zuschuß leisten zu können.

2) Diejenigen Vereine, die ohne ein Baarvermögen übertreten, haben eine detaillierte, vom Vereinsvorstand und den Revisoren unterzeichnete Abrechnung über die Gesamt-

Einnahmen und Ausgaben des letzten Quartals bei dem Vorstand einzureichen.

Der Vorstand befaßt sich die Entscheidung über die Zulassung eines Vereins in corpore in jedem einzelnen Falle vor.

3) Beim Uebertritt eines Vereins in den Verband treten nur diejenigen als vollberechtigte Mitglieder (i. § 5 des Verbandsstatuts) in den Verband ein, welche am Tage des Uebertritts mindestens 13 Wochen dem Verein angehört haben und für diese Zeit bis zum Tage des Uebertritts ihre Beiträge entrichtet haben.

4) Denjenigen, die bei ihrem Uebertritt weniger als 13 Wochen dem Verein angehört haben, wird die Zeit der Zugehörigkeit zum Verein für den Verband angerechnet, sofern sie ihren Verpflichtungen dem ersten gegenüber bis zum Tage des Uebertritts gerecht geworden sind.

5) Mitglieder von Vereinen, welche beim Uebertritt des Vereins noch Beiträge restiren, können innerhalb 4 Wochen, vom Uebertritt des Vereins an gerechnet, noch ohne Eintrittsgeld übertreten, wenn sie ihre restirenden Vereinsbeiträge und die Verbandsbeiträge vom Tage des Uebertritts des Vereins ab entrichten. Nach Erfüllung dieser Pflichten erleiden sie keine Einbuße an ihren Rechten. Im andern Falle sind solche Vereinsmitglieder eventuell als Neubetretende zu behandeln.

6) In die beim Uebertritt eines Vereins den Mitgliedern auszustellenden Verbands-Mitgliedsbücher ist als Datum des Beitritts der 1. August 1891 einzutragen; ebenso ist auf der ersten Seite der Blätter für „Bemerkungen“ der Name des übertretenden Vereins, das Datum des Eintritts in denselben und die Anzahl der bezahlten Vereinsbeiträge zu vermerken. Der Vermerk kann kurz, z. B. in folgender Weise gemacht werden: Seit 26. Mai 1891 Mitglied. Beiträge bezahlt (Stempel des Vereines.)

Geht ein Mitglied eines übergetretenen Vereins bis zum 15. August auf die Wanderschaft, so ist dessen Vereinsbuch einzufordern und auf dem Titelblatt desselben, zum Zeichen, daß er bereits im Besitze eines Verbandsbuches ist, die Buchnummer mit dem Stempel der örtlichen Verwaltungsstelle zu überdrucken, um Mißbrauch zu verhüten. Es kann dies jedoch auch bereits bei Ausstellung des Verbandsbuches geschehen. Nur solchen Vereinsmitgliedern, welche bis zum Tage des Uebertritts in den Verband ihre Vereinsbeiträge entrichtet haben, darf ein Verbandsbuch ausgestellt werden (§. 3 Ziffer 5.)

7) Mitglieder solcher Vereine, welche sich nicht zu Gunsten des Verbandes in eine örtliche Verwaltungsstelle umwandeln, können bis zum 15. August in den Verband übertreten, wenn sie den Nachweis erbringen, daß sie bisher ihre Pflichten erfüllt haben. Sind an einem solchen Orte 10 Genossen vorhanden, so haben sie zunächst eine örtliche Verwaltungsstelle zu bilden. Sind weniger als 10 vorhanden, so gelten für sie die Bestimmungen unter B Ziffer 3.

B. Einzelanschluß.

1) Den zum Beitritt Berechtigten an Orten, wo die Bildung örtlicher Verwaltungsstellen aus gesetzlichen Gründen unmöglich ist, wird zunächst Einzelanschluß empfohlen.

2) Um an solchen Orten die Geschäftsführung zu erleichtern, wird der Vorstand, wenn sich mindestens 10 Mitglieder dort befinden, einen Vertrauensmann aufstellen, welcher die Beitrittsanträge entgegenzunehmen, die Beiträge einzuziehen und allenfallsige Unterstützungen auszu zahlen hat.

Um die geeigneten Personen zu diesen Vertrauensposten zu erlangen, haben die Berufs-Genossen an den betreffenden Orten öffentliche Metallarbeiter-Versammlungen einzuberufen und darin solche Personen in Vorschlag zu bringen, die sich zur Ausübung der im vorigen Absatz angegebenen Funktionen eignen. Das Bureau der Versammlung hat die Vorschläge dem Verbandsvorstand behufs Bestätigung mitzutheilen.

3) Sind an einem Orte weniger als zehn Berufs-Genossen vorhanden, die dem Verbandsbeitreten wollen, so haben sie in allen Dingen in direktem Verkehr mit dem Vorstand zu treten.

C. Auszahlung des Reise geschenks.

1) Reise geschenk wird nur von Verbands-Mitgliedern bezahlt. (§. auch Ziffer 3.) Eine Ausnahme hiervon bilden die Mitglieder des Berliner Metallarbeiter-Verbands, bezüglich deren noch weitere Bekanntmachung erfolgt.

2) Das Reise geschenk wird vom 1. August ab bis auf Weiteres bei allen örtlichen Verwaltungsstellen resp. Vertrauensleuten ausbezahlt. Eine Ausnahme findet nur an Orten mit mehreren Sektionen statt, wenn eine Zentralstelle zur Auszahlung des Reise geschenks geschaffen ist.

Die an Orten mit mehreren Sektionen zureisenden Mitglieder haben sich bis zur

Bildung einer Zentralstelle bei der Sektion ihres speziellen oder verwandten Berufs zu melden, von welcher ihnen das Reise geschenk ausbezahlt wird. (Die nähere Regelung der Auszahlung des Reise geschenks, sowie die Zuteilung der allenthalben am Orte in Arbeit tretenden zugereichten Verbandsmitglieder zu den einzelnen Sektionen bleibt den örtlichen Verwaltungen der betr. Orte überlassen.)

Wird an Orten mit mehreren Sektionen eine Zentralstelle zur Auszahlung des Reise geschenks geschaffen, so ist dies dem Vorstande sofort anzuzeigen.

3) Denjenigen Berufs-Genossen, welche vor dem 1. August (jedoch nicht vor 1. Juni) mit dem Anrecht auf Reise geschenk auf die Wanderschaft gingen und bis zu diesem Zeitpunkte mindestens 13 Beiträge bezahlt und sich abgemeldet hatten, wird nach Maßgabe des Verbands-Statuts Reise geschenk fortbezahlt, wenn sie sich bis spätestens 15. August bei einer örtlichen Verwaltungsstelle melden.

Solchen Zureisenden ist jedoch vor Auszahlung des Reise geschenks ein Mitgliedsbuch des Verbandes auszustellen. Als Datum des Beitritts ist der Tag, an dem das Buch ausgestellt wird, einzutragen, ebenso auf der ersten Seite der Blätter für „Bemerkungen“ die oben unter A Ziffer 6 angegebenen Vermerke. Ebenso ist auf dem Titelblatt des Vereinsbuches die Buchnummer mit dem Stempel der örtlichen Verwaltungsstelle des Verbandes zu überdrucken.

In das Mitgliedsbuch der betr. örtlichen Verwaltungsstelle sind solche Zugereichte bezw. Uebergetretene entsprechend einzutragen, zugleich aber, wenn sie nicht am Orte bleiben, als abgereist zu verzeichnen und bei Einleitung der ersten Abrechnung an den Vorstand zu berichten (statistischer Bericht).

4) Berufs-Genossen, die nach dem 15. August auf die Wanderschaft gehen und deren Vereine sich bis dahin nicht angeschlossen haben, erhalten kein Reise geschenk, sie müssen es, wenn sie ihren Uebertritt nicht wie unter A 7 bemerkt, bemerkt haben, die im Verbands-Statut vorgeschriebene Karenzzeit von 26 Wochen durchmachen, jedoch wird ihnen die Dauer der Mitgliedschaft ihres früheren Vereins resp. die Zahl der bezahlten Beiträge daran in Abzug gebracht.

Im Uebrigen ist bei solchen Berufs-Genossen wie unter Biffer 3 angegeben zu verfahren.

D. Schlußbestimmung.

Zur Orientierung für jene Ortsbeamten resp. Vertrauensmänner, welche das Reise geschenk ausbezahlen, werden bis auf Weiteres allwöchentlich die örtlichen Verwaltungsstellen im Verbands-Organ bekannt gegeben.

Stuttgart, 10. Juli 1891.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Junge, Goldbach, Schilde.

Korrespondenzen.

Formen.

In die Formen Deutschlands!

Werthe Kollegen! Durch die Beschlässe des Frankfurter Metallarbeiter- u. Formerkongresses ist für alle deutschen Metallarbeiter eine einheitliche Organisation geschaffen worden. In der neuen Organisation ist aber den einzelnen Branchen ein genügend weites Spielraum zur Wahrung ihrer eigentlichen gewerblichen Interessen gelassen, indem es gestattet ist, örtliche Fachsektionen zu bilden. Berücksichtigt so der deutsche Metallarbeiter-Verband die Verschiedenartigkeit der einzelnen Spezialberufe, so verbindet er auf der andern Seite trotzdem die große Zahl der Arbeiter dieser Berufe zu einem so kompakten Ganzen. Die neue Organisation ist also förderlich und zentralistisch zugleich. Wenn wir uns nun hierdurch, werthe Kollegen, an Euch wenden, so geschieht es, um Euch zu ersuchen, zu dem deutschen Metallarbeiter-Verbande ohne Vorbehalten Stellung zu nehmen. Wir bitten Euch, daß wir Eure Interessen in demselben jederzeit gewissenhaft wahrnehmen werden.

Der Metallarbeiter-Verband bietet gegenüber dem bisherigen Zustande große Vortheile nicht nur für die Gesamtheit der Metallarbeiter, sondern speziell für die Formen. In Zukunft werden alle Lasten von der Gesamtheit getragen werden.

Angefaßt der Kämpfe, in welche unsere Kollegen z. B. in mehreren Orten verwickelt sind, angefaßt der ungünstigen Geschäftslage überhaupt, ist Einigkeit in den Reihen der Metallarbeiter unbedingt nötig, soll nicht das Unernehmerthum triumphieren. Das beherzigt vor Allem, Kollegen, und schließt Euch sobald als möglich dem neuen Verbande an. Der Beschluß des Formerkongresses bezüglich der Markenausgabe bis 1. September und Abrechnung darüber bis 1. Oktober hat auf den Anschluß an den Verband keinen Bezug, da ja auch bisher

Schon die Marken neben der Erhebung der Vereinsbeiträge verkauft wurden.

Mit kollegialem Gruß Stuttgart-Frankfurt a. M. im Juli 1891. J. Diapel, Former, Jul. Dört, Former, Beisitzer im Vorstand und Aufsicht des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Der Zuzug von Formern ist von Mifeld, Wernburg, Biegung u. Helgen fernzuhalten. Acherleben. Die Aussperrung der Former ist beendet. Der Grund ist kurz folgender: Es hatten gleich 2 Kollegen ihr gegebenes Wort gebrochen und blieben, als es zur Entscheidung kam, in der Kiegelei.

Leipzig. Am 12. Juli tagte hier in den „Bauhallen“ eine öffentliche Former-Versammlung. Derselbe erklärte sich einstimmig mit den Beschlüssen des Frankfurter Metallarbeiter-Kongresses einverstanden und empfahl die Einzelbeitritt zum Metall-Arbeiter-Verband.

München. In der am 12. Juli abgehaltenen Mitglieder-Versammlung des Formervereins Gildauf wurde nach Berichterstattung des Delegierten Geh und gegebenen Aufklärungen des Genossen Scherm über die Frankfurter Kongressbeschlüsse, und nachdem eine längere höchst sachliche Debatte stattfand, in geheimer Abstimmung der Anschluss an den Deutschen Metallarbeiter-Verband mit 88 gegen 22 Stimmen beschlossen.

Wetzlar. Betreffs der Warnung vor Zuzug von Formern diene Folgendes zur Aufklärung. Der bisherige Kollege und Kassierer H. arbeitete seit beinahe 8 Jahren in dem hiesigen Eisenwerk. Derselben wurde vor 14 Tagen seitens des Meisters erklärt, er könnte sich um andere Arbeit bemühen; den Grund konnte der Meister nicht angeben. Nach eingezogener Erkundigung bei dem Chef wurde ihm bedeutet, er sei ein Aufwiegler und in seiner Arbeit wäre zu viel Ausschuss, wie der Meister dem Chef berichtet hätte. Als eine Aufwieglerung kann doch das nicht angesehen werden, wenn Kollege H. die Indifferenten, die in dem Eisenwerk arbeiteten, zu dem Verein heranzuziehen suchte. Was die Arbeit betrifft, so erklärten die mit ihm arbeitenden Kollegen denselben als einen gewissenhaften und sauberen Arbeiter, auch wurde ihm der Lohn von 2,50 auf 3,25 erhöht. Auch soll die Neuerung von dem Chef: „ihm wären Arbeiter lieber, die keinem Verein angehörten und nicht arbeiten könnten, als Sozialdemokraten, die arbeiten könnten“, gegen den Former Schindelbauer, wie derselbe behauptet, abgegeben sein. — Einige Worte über den Formermeister W. sind auch hier angebracht. Bei der Gründung des Vereins hatte der betreffende Meister, damals noch Former, H. in der schönen Illusion gewiegt, daß, sobald der Verein gegründet sei, die erste Arbeit derselben sein sollte, den damaligen Meister H. aus der Werkstatt zu hängen, weil demselben nur noch die Krute fehlte, um die Slaverie fertig zu machen. Trotzdem von Seiten der Former dem vorigen Meister kein gutes Zeugnis ausgestellt wurde, so war derselbe doch noch besser als der jetzige, indem Meister H. eine offene und freie Stirn hatte, der jetzige aber auf eine hinterlistige Weise vorgeht. Betreffs der Slaverie kann dem jetzigen Meister das Diplom als Bächter einer solchen ertheilt werden, indem er das Sprechen bei der Arbeit verbietet, auch Chikanen seinen Untergebenen zu Theil werden läßt. Bauchrücken und Schweiwedel ist in diesem Eisenwerk gut angebracht. — Sämmtliche Former, die dem Verein angehörten, erklärten sich mit Kollege H. solidarisch, indem dieselben die Arbeit niederlegten. Besonders thaten sich die Former Schindelbauer und Goffebau in Bezug auf das Solidaritätsgefühl etwas zu Gute, indem dieselben, trotz Abtraten des Kollegen H., zur Niederlegung der Arbeit auftraten; derjenige, der weiter arbeitete, mußte v. werden. Was Worthalten betrifft, so steht man an den beiden Großmältern: der Former Goffebau arbeitete weiter, Schindelbauer verschwand spurlos zwei Tage vor der abgelautenen Kündigungsfrist, tauchte aber am Montag wieder auf, um weiterzuarbeiten. Von dieser Schmach können sich die Herren nicht rein waschen. Auf Beschluß sämmtlicher Mitglieder wurde in der letzten Versammlung S. Schindelbauer, gebürtig aus Salzweil, aus dem Verein ausgeschlossen. — Der Zuzug von Formern ist noch fernzuhalten!

Wien. Am 14. Juni fand unter dem Vorsitz des Obmanns Tomann die erste halbjährige General-Versammlung des Fachvereins der Eisen- und Metallformer und deren Hilfsarbeiter statt. Nach Verlesung des Protokolls berichtete der Kassierer Miniga über den Kassenbestand, derselbe beträgt fl. 1164,28 1/2. Der Rechnungsführer Schwind berichtete, daß die Einnahme fl. 1978,90 1/2 und die Ausgaben fl. 814,78 gewesen seien und somit der Kassenbestand von fl. 1164,23 1/2 verbleibt. Das Gesamtvermögen ist fl. 1490,21 1/2, worin mit inbegriffen die Bibliothek mit einem Werth von fl. 289,74 und das Inventar mit fl. 86,24. Der Mitgliederstand ist 788. Die Unterrichtsaktion berichtete durch Smelar über die stattgefundenen Vorträge. Ueber die Bibliotheksaktion berichtete Schuster über den an Ordnungsgeld eingelaufenen Betrag von fl. 5,19 und über den Stand der Bibliothek. Die Ergänzungswahl ergab folgenden Resultat: 2. Obmann-Stellv. Joh. Berth, Ergänzungsliste: Aug. Hartme, Karl Bach und Franz Köller. Kontroll-Kommission: Wilg. Kramp. Die Unterrichtsaktion der Arbeitslosen wurde per fl., die Dauer auf fünf Wochen im Jahre, die Reiseunterstützung auf 50 Kr., die Bezüge des Rechnungsführers auf 120 fl. per Jahr festgesetzt. Dann wurden die Vortheile der neu eingerichteten Arbeitsvermittlung besprochen und den Mitgliedern bedeutet, im Falle der Arbeitslosigkeit sich nur an die Vermittlung zu wenden.

Selbsteher und Gürtler.

Hamburg. Der Fachverein der Selbsteher und Gürtler hielt am 1. Juli bei v. Salzen seine General-Versammlung ab. Zum Bericht vom Gewerkschaftskartell machte der Delegierte unter Anderem der Versammlung bekannt, daß sich bei dem Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells ein Herr National-Ökonom Hr. v. Haller vorgestellt habe. Derselbe habe den Wunsch geäußert, mit Hilfe der Hamburger Gewerkschaften statistisches Material über die Kämpfe und Ziele der Hamburger Gewerkschaftsbewegung zu sammeln, um dieses später zu einem Werke zu verwenden. Ein Kollege meinte, daß man ein solches Unternehmen unterstützen müsse, denn es könne nur vorthellhaft für uns sein, wenn sich unsere Gegner in objektiver Weise mit der Gewerkschaftsbewegung befaßten. Die Versammlung ertheilte dem Delegierten die Vollmacht, wenn dieselbe in der nächsten Delegiertenversammlung zur Sprache komme, dafür einzutreten, daß dieses Unternehmen von den Gewerkschaften unterstützt würde. Bei der Abrechnung der Kasse wurde ergab sich, daß 141 Markten & 41, 40 & 75 S und 25 & 50 S umgelegt wurden. Ferner sind 500 Markten zur Feier des 3. Mai umgelegt. Nachdem die Kollegen noch aufgefordert waren, sich rege an dem Vertrieb der 30 und 50 S-Marken zu betheiligen, wurden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: Schöder als erster Schriftführer, Herrfurth zweiter Vorsitzender, Wahr zweiter Schriftführer und Panal als zweiter Kassierer.

Klempner.

Göppingen. Ueber die Fabrik von Schaffner u. Safft ist Sperre verhängt und ist Zuzug von Flaschnern, Metallbrüchern, Schleifern und Gürtlern fernzuhalten.

Berlin. Eine öffentliche Versammlung der Klempner mit Frauen tagte am 28. Juni unter Vorh. A. Ellends in der Deuthstr. 22. Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprach Herr Hennig und zwar über das Thema: Was ist Religion und wer hat Religion? Seine Ausführungen wurden mit der größten Aufmerksamkeit angehört und mit reichem Beifall belohnt. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige Versammlung der Klempner zc. ist nach dem Vortrage des Genossen Hennig zu der Ueberzeugung gelangt, daß der religiöse Begriff von einem höheren Wesen ein Produkt der geistigen Entwicklung des Menschengeschlechts, und die heutige, auf dem Grunde unwissenschaftlicher Forschungen beruhende Weltanschauung für die Menschheit überflüssig und darum zu verwerfen ist.“ Verschiedene interessante Fragen wurden vom Referenten und Frau Meißner beantwortet. Unter Verschiedenem kam eine Festschreibung der Ober-Bergdirektors Denkschrift aus der „Post“ zur Verlesung; die Ansichten, welche dieser Herr über Sozialismus hat, wurden in der Diskussion von verschiedenen Rednern scharf kritisiert. Nach der Versammlung blieben die Theilnehmer bei Gesang und Tanz noch längere Zeit beisammen.

Flensburg. In der gut besuchten Generalversammlung vom 2. Juli wurde beschlossen, sich dem Metallarbeiter-Verband anzuschließen und den Fachverein aufzulösen. Ferner wurde beschlossen, am 31. Juli eine Klempner-Versammlung abzuhalten und hiezu alle Kollegen, auch diejenigen, welche nicht im Verein sind, einzuladen, um ihre Aufnahme in den Verband zu bewirken. — Kollege Könte, p. Adr. A. George, Flensburg,

bittet alle Kollegen, ihm die Adresse des Kollegen Biegenball aus Dresden und Kollege W. Doffe aus Kopenhagen unfrankirt zukommen zu lassen wegen sehr wichtiger Angelegenheit.

Hamburg. Fachverein der Klempner. Mitgliederversammlung vom 30. Juni. Nach Aufnahme neuer Mitglieder folgte der Bericht vom Gewerkschaftskartell. Die Versammlung stimmt den baselst gefassten Beschlüssen zu, nur in einem Punkte, der Organisationsfrage der Werkarbeiter, wünscht, auf Anregung des Herrn Dym, die Versammlung, daß die Sache vom Hamburger Gewerkschaftskartell zur Zufriedenheit beider Theile, sowohl der Anhänger der Fachzentralisation, wie auch derjenigen der gemischten Verbände, geregelt werde dadurch, daß die in den verwandten Großbetrieben Beschäftigten sämmtlich ein und denselben Verband angehören, der betreffende Verband aber damit die Verpflichtung übernimmt, von den in Frage kommenden Fachvereinigungen die eventuell von diesen vorgeschriebenen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. — Es folgte Bericht vom Kongress und Stellungnahme zu den baselst gefassten Beschlüssen. Die Versammlung vertritt auf ein spezielles Referat und wird somit in die Vorberatung über die einzelnen Beschlüsse, sowie über das Verbandsstatut eingetreten. Sämmtliche Redner billigen das Verhalten der Delegirten auf dem Kongress und haben im Großen und Ganzen gegen die Beschlüsse wenig einzuwenden. Von Allem wird dem Verband das Beste gewünscht. Würde aber, wider Erwarten, der Verband in der gegebenen Form nicht gut fahren, dann, so wurde allseitig betont, müsse entweder die Form der Fachzentralisation oder die der Gruppenformation gewählt werden. (Kreisverbände.) Die Wünsche der einzelnen Redner betreffen des eb. Anschlusses an den Verband wurden in Form einer Resolution wie folgt gefaßt: „Die heutige Versammlung billigt das Verhalten der Delegirten und empfiehlt sämmtlichen Mitgliedern, in der am 14. Juli stattfindenden General-Versammlung dahin zu wirken, daß der Fachverein als Fachsektion sich dem Verband anschließen unter folgenden Bedingungen: 1) Daß laut § 14 des Verbandsstatuts der Fachverein als Fachsektion berechtigt ist, eine separate, örtliche Verwaltungsstelle zu bilden, die, unabhängig von einer höheren örtlichen Verwaltung, direkt dem Verbandsvorstand untersteht. 2) Daß der Fachsektion das Recht zusteht, den Arbeitsnachweis wie bisher am Ort separat und in eigener Verwaltung weiterzuführen. 3) Daß der Fachsektion das alleinige Verfügungsrecht zusteht: a. über das eb. der Sektion zu überweisende Vereinsvermögen, b. über den Verwaltungsvorstand und das von der Sektion aus eigenen Mitteln Erworbene. 4) Daß dem Fachverein als Fachsektion seitens des Verbandes das Recht nicht streitig gemacht wird, jederzeit aus dem Verband auszutreten, wenn a. 2/3 der Mitglieder der Sektion dafür sind; b. die Verbandsbeiträge bis zum Datum des Austritts geleistet sind. 5) Daß dem Fachverein, resp. der Fachsektion das Recht zusteht, zu Vorstehendem sich eigene Ortsbestimmungen aufzustellen und zur Durchführung zu bringen.“ Die nöthigen Aenderungen unseres Statuts für den eb. Uebertritt betreffend, wurde beschlossen, daß seitens des Vorstandes eine diesbezügliche Vorlage für die General-Versammlung ausgearbeitet werden wird. Ausgesprochen wurde, daß in den für die Fachsektion auszuarbeitenden Ortsbestimmungen der § 3 des Verbandsstatuts maßgebend sei, doch könne es uns nur erwünscht sein, wenn die nicht ständig in unserem Fach beschäftigten Hilfsarbeiter sich dem Verband der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter anschließen werden. Die Forderungen im § 2, Absatz 2, unserer Statuten sind natürlich zu streichen und in den zu treffenden Ortsbestimmungen dafür der Passus aufzunehmen, daß ein jedes zugereifte Verbandsmitglied sich in unserem Arbeitsnachweis anzumelden hat, desgleichen diejenigen, welche hier am Ort und in der Umgegend außer Arbeit kommen, damit: a. eine genaue Statistik möglich ist, b. unsere örtlichen Interessen gewahrt werden. Betreffs der Extrabeiträge wurde Folgendes bekräftigt: 1) den wöchentlichen Beitrag von 20 S für die Fachsektion beizubehalten, so daß außer dem Verbandsbeitrag von 15 S, wovon 5 S am Ort verbleiben, noch ein Ueberstück von 5 S verbleibt, um von diesen Geldern, wie bisher, einen Beamten zur Führung der Geschäfte fest besolden zu können. 2) Die Erhöhung der Wochenbeiträge von 20 auf 50 S fallen zu lassen und dafür von Fall zu Fall einen Extrabeitrag monatlich einzuführen. Zu Punkt 6: Regelung der Zeitungskolportage, wurde anerkannt, daß die freiwillige Kolportage in der bisherigen Weise zu vielen Unzuträglichkeiten geführt habe und sei der General-Versammlung zu empfehlen, die Kolportage durch die Harmonia-Post besorgen zu lassen. Dann wurde bekannt gegeben, daß unser verdienstvoller Bezirkskassierer für Darmst., Ehler, sein Amt niederlegt und für den-

selben das Amt Herr Benzke, Deuthstr. 22, Winterhagen, 1. Etage, übernommen hat.

Harburg. Es wurde uns von der Janung am 26. Juni ein Schreiben zugestellt, worin dieselbe uns mittheilte, daß ihr außer Arbeitsnachweis, eine Erregungsfähigkeit des vorjährigen Streiks, nicht mehr habe, und sie denselben jetzt auf eigene Rechnung führen wolle. Es ist wirklich recht nett von den Herren Janungsmeistern, einen Vertrag, der von ihnen selbst unterschrieben ist, so mir nichts dir nichts zu brechen. Es zeigt uns, wie weit man sich auf diese Herren verlassen kann. Es ist indessen in dieser Sache noch nicht das letzte Wort gesprochen, und so leicht wie die Herren es sich denken, gehen wir doch nicht darauf ein. — Auch verdient hier die Aldag'sche Bude einmal beleuchtet zu werden. Derselbe, ein fröherer Sattlergehilfe, hat sich nämlich Anträge über den Verein erlaubt, wie, er hätte auf den Verein sich die so recht seine Bildung kennzeichnen. Bei diesem Herrn Aldag arbeitet ein H. Senger aus Hamm in Westphalen, der es sich zur Aufgabe gemacht zu haben scheint, die 11stündige Arbeitszeit wieder einzuführen, sowie Kollegen, die noch treu zur Fahne halten, zu betheuren oder aus der Werkstube zu vertreiben. Derselbe ist eben darum vom Verein ausgeschlossen. — Den Kollegen Mag Brauer eruchen wir, seinen Verpflichtungen gegen den Verein nachzukommen, derselbe ist auch ohne sich abzumelden abgereist.

Leipzig. Daß das Affordsystem von den Herren Unternehmern bloß benützt wird, um die Arbeiter auf's Aeußerste anzuspannen und sich billige Arbeit zu sichern, beweist folgender Fall: Schreiber dieses war bei der Firma Gust. Bär bereits im Jahre 1889—1890 dreiviertel Jahre lang beschäftigt. Am 9. März erhielt derselbe wiederum Stellung, ein Beweis, daß die Firma mit seiner Arbeitsleistung zufrieden gewesen sein mußte. Solange man nun Affordabzüge zc. ruhig über sich ergehen läßt, ist man dem Kapitalisten genehm, macht man aber gegen derartige Auslassung Front, so wird der Arbeiter einfach entlassen, um die große Reservoirarmee zu vermehren, und durch Hunger und Gend umkehr zu werden. Ich hatte eine Arbeit in Afford übernommen, der Preis war vorher nicht bestimmt worden, um, wie gesagt wurde, den Unternehmer, sowie Arbeiter nicht zu schädigen. Da zur Herstellung der Arbeit nur wenig Vorrichtungen vorhanden waren, also beinahe Alles mit Hand gefertigt werden mußte, so versprach ich mir schon im vornherein keinen hohen Verdienst, ich rechnete jedoch, daß ich doch wenigstens 85 S die Stunde verdienen würde. Aber ich hatte mich arg getäuscht, bei Abschluß des Affords stellte sich heraus, daß bei Herausnahme von 18 M (die Stunde zu 30 S), das Stück auf 7 S käme. Auf meine Mittheilung an den dortigen Werkführer erwiderte mir derselbe, er könne den Preis nicht allein machen, der Prinzipal hätte nicht geglaubt, daß die Arbeit so theuer werden würde, und nach einer Unterredung mit Herrn Bär brachte er mir die Nachricht, daß derselbe bloß 4 S zahlen wolle, er bekäme selbst nicht viel dafür, ich forderte jedoch den Wochenlohn von 18 M. Nach Herrn Bär's Ansicht hätte ich auf diesen Lohn verzichten und noch 3 M mitbringen müssen; daß ich hierauf nicht einging, ist selbstverständlich. Da ich nun zur Vollendung der Arbeit noch einige Stunden brauchte, frug mich der Werkführer auch nach genauer Bestimmung dieser. Ich dachte nun, Herr Bär ist zu der Einsicht gekommen, daß man in Afford doch wenigstens den Stundenlohn verdienen soll, kam aber nach Vollendung der Arbeit sofort zu anderer Ansicht. Der Werkführer theilte mir mit, daß ich entlassen sei. Auf Befragen nach dem Grunde der Entlassung wurde mir die Antwort zu Theil: es sind Herrn Bär zu viele Stunden, sie sollen Ihren Lohn erhalten, aber sofort aufhören. Dies war vom Unternehmerstandpunkt die richtige Antwort auf meine Dreistigkeit, mit der ich mir erlaubte, der Ansicht zu sein, daß man in Afford doch wenigstens den Stundenlohn verdienen sollte. Daß ich angeknurrt gearbeitet hatte, wie es in Afford üblich ist, beweist, daß bei einem anderen Kollegen das Stück der Stundenzahl nach auf 8 S kam, dieser wurde nicht entlassen, weil er den Prinzipal hat, ihm doch den Lohn von dieser Woche ganz zu geben und das Uebrige die späteren Wochen nach und nach abzugeben. Daß man bei derartigen Verhalten nicht die Gunst der Herren Unternehmer verliert und entlassen wird ist selbstverständlich. Es ist diese Erfahrung wiederum ein Beweis, daß die Arbeiter überall und immer darauf bringen sollen, daß die Affordarbeit, die so verberbliche Wirkungen nach sich zieht, abgeschafft wird. Höchste Anspannung der Kräfte, Abzug, wenn möglich noch vermehrte Anspannung, neuer Abzug, frühes Aufbrechen der Kräfte, frühes Eintreten der Proletarierkrankheit, das sind die Erregungsfähigkeiten der Affordarbeit.

Metall-Arbeiter. Proklama. Zu der am 6. Juli im

Dankstücken Soale staltgehabten Metallarbeiter-Versammlung referierte Gen. Schab über den von Frankfurt a. M. abgehaltenen Metallarbeiter-Kongress, dessen hervorragenden Punkt die Organisationsfrage gebildet habe. Der Kongress habe die Gründung eines allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes beschlossen, von dessen Angehörigen ein Beitragsgeld von 30 Pfa. und ein wöchentliches Beitrag von 15 Pfa. herbeizutreiben; jedes Mitglied erhalte auch die Metallarb.-Zeitung, 63/100 Proz. der Mitgliederbeiträge gebühren der Verwaltungskasse, 66/100 Proz. der Zentralkasse. Die darnach für die Mitglieder erwachsenden Unterstellungen wären große und allgemeine. Die Ausführungen des Referenten, welcher auch gegen das Unternehmertum und gegen die Stroh-Gardinen-Gewerbetreibenden, die Vertreter der „Harmoniegesellschaft“, sich wandte, wurden in einer Resolution gutgeheißen. Die Versammlung versprach für den Deutschen Metallarbeiter-Verband mit aller Energie einzutreten.

Gannstatt. In öffentl. Metallarbeiter-Versammlung im Gasthaus zum Birkwain stattete am 18. Juni Genosse Waldmann als Delegierter des Frankfurter Kongresses Bericht. Derselbe gab in klarer 1/2stündiger Rede einen genauen Bericht über die Verhandlungen des Kongresses, sowie seiner persönlichen Beobachtungen, und forderte alle Anwesenden, namentlich die Vorstände der Verbände auf, dahin zu wirken, daß Gannstatt mit ansehnlicher Mitgliederzahl dem Verbande beitreten könne, indem derselbe gegenüber den Unternehmervereinigungen die einzige richtige und zeitgemäße Organisation wäre.

Freising (Oberbayern). Der Metallarbeiter-Fachverein Freising hielt am 5. Juli seine Quartalsversammlung ab. Nachdem das Protokoll verlesen und als richtig befunden wurde, erbat der Kassierer den Kassierbericht. Einnahmen waren M. 67,49, Ausgaben M. 15,70, Kassenbestand M. 41,79. Zum dritten Punkt wurde beschlossen, sich sofort an den Metallarbeiter-Verband anzuschließen. In den Ausschuss wurden gewählt: Otto Feingelmann, Vorstand, Nikolaus Huber, Kassierer, Revisoren: Valentin Berner, Oswald Speckmeier, Max Müller. Im Verschiedenen forderte Kollege Helzgelmann die Kollegen auf, sich aufzuraffen, mit aller Energie einzusetzen für unsere Sache und fleißig zu agitieren, damit auch unsere Gegner sehen, daß wir auf festen Grund gestellt sind. Selber waren wir auch gewunden, ein Mitglied anzuschließen. Es ist dies der Gemeinmeister Andreas Böll. Wir glaubten, daß der Herr Böll aus Kollegialität in unseren Verein sich aufnehmen ließ, wurden aber leider sehr getäuscht. Er benützte die Gelegenheit, unsere Angelegenheiten im Verein an seine Freunde auszusprechen. Nachdem die Sache an's Licht kam und wir ihn aufforderten sich in der Versammlung zu rechtfertigen, gab er zur Antwort, er komme nicht; er mache seinem Zorne dadurch Luft, daß er im Gasthaus zur Schießstätte den Verein als aus lauter „Perlen“ bestehend bezeichnete, überhaupt Ausdrücke gebrauchte, welche wir hier nicht einmal bekannt geben möchten. — Zwei neue Mitglieder wurden aufgenommen. Alle Sendungen sind zu richten an Otto Feingelmann, Münchenerstraße 55.

Stuttstadt. Am 27. Juni hielt der hiesige Metallarbeiter-Fachverein seine außerordentliche Generalversammlung ab, mit der Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder, Berichterstattung des Delegierten vom Kongress, Statutenänderung und Verschiedenes. Zum ersten Punkt ließen sich acht Mitglieder einzeichnen. Zum zweiten Punkt erhielt unser Delegierter, S. Röhrhirsch aus Tschöbe, das Wort. Dieser führte den Anwesenden die Verhandlungen und Beschlüsse des Kongresses vor, sowie die Berichte der Vertrauensleute, wobei er die Bestimmungen der letzteren als gute bezeichnete, trotz der vielen Ausperrungen, welche stattfanden. Nachdem verlas der Referent die einzelnen Resolutionen, welche auf den Branchen-Kongressen angenommen wurden. Nachdem der Referent noch einige Punkte der Statuten erklärte und den Grund, warum der Sitz des Verbandes nach Stuttgart und nicht nach Hamburg verlegt worden ist, schloß der Delegierte seinen mit Beifall aufgenommenen Bericht. Der zweite Punkt, Statutenänderung, wurde dahin erledigt, daß bei einer Auflösung des Vereins das Vereinsvermögen dem Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart zufällt. Im Verschiedenen gab Kollege Hofe bekannt, daß bis jetzt schon 78 Kollegen mit à 50 J unterstellt wurden und hat, sich mehr an dem Agitationsfond zu beteiligen. Ein Antrag, dem Delegierten 3 M. Vergütung zu geben, wurde nach einiger Debatte angenommen. Nachdem der Delegierte das Schlusswort erhielt, worta dieser nochmals auf den Nutzen des Verbandes hinwies und aufforderte, mit einer großen Zahl von Mitgliedern in den Verband zu treten, wurde dem Delegierten durch Erheben seiner Hand ausgesprochen, worauf die ziemlich gut besuchte Versammlung geschlossen wurde.

Cliffrov. Am 5. Juli hielt der Fachverein der Metallarbeiter seine vierteljährliche Generalversammlung ab. Die Einnahme betrug 95,20, die Ausgabe M. 41,80, bleibt Kassenbestand M. 53,41. Die Rechnung war von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Zum zweiten Punkt wurde vom Bibliothekar hervorgehoben, daß die Kollegen sehr nachlässig seien und die Bücher längere Zeit im Hause liegen ließen. Weil er dadurch keinen richtigen Ueberblick hätte, wurden drei Kollegen gewählt, die sich mit dem Bibliothekar in Verbindung zu setzen haben, damit darin etwas gebessert werde. Zum dritten Punkt, Vereinsbericht, sprach Kollege Schick dahin aus, daß die Versammlungen regelmäßig zwei Mal im Monat abgehalten seien, außerdem zwei öffentliche getagt hätten, aber alle nur schwach besucht waren; es seien Kollegen vorhanden, die sich im ganzen Vierteljahre nicht ein Mal sehen ließen. Es wurden die Kollegen aufgefordert, sich in Zukunft mehr an den Versammlungen zu beteiligen, damit wir die Indifferenten immer mehr und mehr zu uns herüberziehen. Zum vierten Punkt, Stellungnahme zu den Kongressbeschlüssen, sprachen mehrere Kollegen, die sich alle voll und ganz mit den Kongressbeschlüssen einverstanden erklärten. Der Verein beschloß einstimmig, dem Verband beizutreten. Zum Schluß wurde noch ein Antrag angenommen, der dahin ging, daß der Vertrauensmann der mecklenburgischen Metallarbeiter, Kollege Tappert aus Schwerin, weil er von den mecklenburgischen Metallarbeitern als Delegierter zum Kongress ernannt worden ist und nichts von sich hören und sehen läßt, aufgefordert werde, seiner Pflicht nachzukommen und Bericht zu erstatten.

Halle a. S. Am 27. Juni fand in Sanow's Restaurant eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Tagesordnung: Berichterstattung des Delegierten vom Metallarbeiter-Kongress zu Frankfurt a. M., Beschlußfassung, ev. Vorbereitung zum Anschluß an die Union. Verschiedenes. Zum ersten Punkt erhielt Kollege Gehling das Wort, welcher Bericht über den Frankfurter Kongress erstattete. Er erläuterte die Wendung, welche die jetzige Metallarbeiter-Vereinigung nehmen müsse und erklärte, trotzdem er erst gegen die Union gewesen sei, habe er für dieselbe gestimmt, denn es gelte, der heiligen Bruderschaftsweisse einen Damm entgegenzusetzen, was nur durch ein einheitliches Vorgehen geschehen kann. Ferner arbeiteten Holzarbeiter, Bauhandwerker, Schneider, Textilarbeiter u. s. w. ebenfalls darauf hin, Unionen in's Leben zu rufen, welche später alle zusammen eine gewerkschaftliche Vereinigung bilden sollen; deshalb habe auch er, um etwas Einheitliches zu schaffen, sowie die anderen Delegierten für Gründung einer Union gestimmt. Auch erörtert Redner sodann das Treiben der Gewerkschaften; wenn diese meinen, daß wir jetzt unseren revolutionären Charakter abgelegt haben, um die Form ihrer Organisation nachzuahmen, so irren sie sich. Wir sind nicht diejenigen, welche die Arbeiter durch einen Revers zwingen, von der sozialdemokratischen Partei Abstand zu nehmen. Bei dieser Sache trifft das Sprichwort: „Wenn zwei dasselbe thun, so ist es doch nicht dasselbe“, voll und ganz zu. Redner hebt ferner hervor, daß wir durch die reaktionären Vereinsgesetze gezwungen sind, die Politik voll und ganz aus den einzelnen Vereinen auszuschließen. Es werde uns schwer werden, die Gesetze so einzuhalten, wie sie uns vorgeschrieben sind. Aber es müsse sein und forderte er somit zum Beitritt in die Union auf, und empfahl in politischer Beziehung den Beitritt zum sozialdemokratischen Verein. Zum Schluß verlas Kollege Gehling den Rechenschaftsbericht der verschiedenen Vertrauensmänner und tadelte hierbei, daß die Vereinigung der Schlosser und Dreher noch lange nicht so gediehen sei, wie die der Feilenhauer, welche die beste Organisation der Metallbranche sei. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung erhielt Kollege Deumer das Wort und sprach sich im gleichen Sinne wie der Redner aus, stellte jedoch den Antrag, eine Kommission von fünf Mitgliedern zu wählen, welche die Vorbereitungen zum Beitritt in den Verband besorgen soll. Er bittet, die Beschlüsse des Kongresses hochzuhalten. Kollege Krüger sprach sich im gleichen Sinne aus und bat um Unterstützung des Antrages Deumer, welcher einstimmig angenommen wurde. Die Kollegen Deumer, Schulz, Bergholz, Wagner und Krüger wurden in die Kommission gewählt. Unterdessen war eine Resolution eingegangen, welche einstimmig angenommen wurde. Dieselbe lautet: „Die heute in Sanow's Restaurant tagende öffentliche Versammlung der Schlosser, Dreher u. verw. Berufsgenossen ist mit den Beschlüssen des Frankfurter Metallarbeiter-Kongresses einverstanden und verpflichtet sich alle Anwesenden, sich der Union anzuschließen.“

Leipzig. In der am 5. Juli stattge-

fundenen öffentlichen Versammlung aller in der „Metallindustrie“ beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Gasthof Plagwitz erstattete der Delegierte Kollege Schiemann seinen objektiven Bericht vom Frankfurter Kongress. An der Diskussion beteiligten sich mehrere und sprachen sich dahin aus, daß ein geschlossenes Vorgehen der Arbeiter das Beste ist, um dem Kapital entgegenzutreten zu können. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: „Die heute am 5. Juli im Gasthof Plagwitz tagende öffentliche Versammlung der Metallarbeiter aller Branchen erklärt sich mit den Beschlüssen des Kongresses einverstanden und beschließt, Mann für Mann in den Verband als Einzel-Mitglieder einzutreten.“ — Das Gelingen für durchreisende Kollegen wird jetzt Bindenanau-Beipzig, Dierseburgerstr. 86, 4, Kassierer Föhring, ausbezahlt.

Oberursel. Am 4. Juli fand hier eine Generalversammlung des Fachvereins der Metallarbeiter statt, in der auch die Aufstellung des Vereins auf der Tagesordnung stand. Es entstand eine lebhafte Debatte. Die Abstimmung ergab, daß der Verein sich auflöste. Dasselbe geschah in der am 5. Juli stattgefundenen, für Homburg, Oberursel und Umgebung einberufenen öffentlichen Versammlung in Oberursel, in welcher der Beitritt zum Verband geregelt werden sollte. Zum ersten Punkt berichtete der Vertreter für Höchst, Sossenheim-Oberursel-Homburg, Genosse Emmel, in sehr sachlicher und leicht begreiflicher Weise über den Kongress. Zum zweiten Punkt ließ man Listen zirkulieren, welche, da die Versammlung von Oberursel aus schlecht besucht war, nur die Einzelnennung von 13 Mitgliedern ergab. Die Homburger Verbände beschloßen, bis 1. August dem Verband beizutreten. Als provisorischer Vorstand wurde Genosse J. Kessler, Taunusstraße, Oberursel, gewählt. Betreffs der Darmstädter Konferenz erklärte man sich dahin, daß 1 Delegierter nicht Auskunft über den anderen Ort geben könne, zwei Delegierte zu senden. Für Homburg wurde Genosse Bahrdorfer, für Oberursel Genosse Lang gewählt. Mit einem dreifachen Hoch auf den deutschen Metallarbeiter-Verband, sowie auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Potsdam. Hier tagte am 30. Juni eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung mit der Tagesordnung: Berichterstattung vom Kongress, Verschiedenes. Das Referat zum ersten Punkt hatte Kollege Besold aus Berlin übernommen. Er legte in einstündiger Rede den Zweck und die Thätigkeit des Kongresses klar und erläuterte in eingehender Weise das Statut des Verbandes. Zum Schluß empfahl er den Potsdamer Kollegen, sich dem Verbande anzuschließen. Zur Diskussion sprachen mehrere Kollegen. Darauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und ist ihm gewillt, uns dem Verbande anzuschließen.“ Unter Verschiedenem wurde das Verhalten des Kollegen Dehnert aus Neuenhagen b. Potsdam von der Versammlung, besonders vom Referenten, scharf getadelt. Derselbe hält es nicht für nötig, in der Versammlung zu erscheinen und Bericht über den Vertriebs der Agitations- und Unterstüßungsmarken zu erstatten, worin derselbe sich als schlechter Agitator gezeigt hat.

Potsdam. Am 4. Juli tagte hier eine Generalversammlung des allgemeinen Metallarbeiter-Vereins. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erstattete der Schriftführer den Thätigkeitsbericht, welcher ergab, daß im vorigen Vierteljahre eine Generalversammlung, vier Mitgliederberausammlungen und sechs Vorstands-Sitzungen stattfanden. Zum zweiten Punkt erstattete der Kassierer den Stassenbericht ab, welcher von den Revisoren bis auf einen fehlenden Betrag des Zeitungs-geldes für richtig befunden wurde. Nach längerer Debatte stellte Kollege Voigt den Antrag, dem Kassierer Decharge zu erteilen, welches einstimmig angenommen wurde. Zum dritten Punkt, Auflösung des Vereins zu Gunsten der Zentralisation, stellte Kollege Straube den Antrag, den Verein nicht eher aufzulösen, bis die Richtigstellung des Betrages über das Zeitungs-geld erfolgt ist, welcher abgelehnt wurde. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, eine Liquidations-Kommission von drei Mann zu wählen, welche die möglichen Schritte thun sollte, den Betrag zu beschaffen. Die Kollegen Strauß, Striebel und Gassen wurden hierzu gewählt. Hierauf stellte Kollege Voigt den Antrag, den gesamten Vorstand zu entlassen und an die Liquidations-Kommission die Beiträge bis ultimo Juni zu bezahlen, welcher einstimmig angenommen wurde. Zum vierten Punkt stellte Kollege Voigt den Antrag, daß der Schriftführer den Bericht der letzten Versammlung in der „Metallarbeiter-Zeitung“ bekannt machen sollte. Da die Tagesordnung erledigt war, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf den Metallarbeiterverband, worauf der Vorsitzende den Verein zu Gunsten der Zentralisation als aufgelöst erklärte.

Melzen. In der letzten Hauptversammlung wurde die Auflösung des Vereins mit dem 30. Juli besch. offen, um am 1. August dem Metallarbeiterverband sich anzuschließen. Es werden somit die restierenden Mitglieder ersucht, bis am 30. Juli ihre Verpflichtungen zu regeln. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde für den bisherigen Vorsitzenden Koll. Kempmann, der für eine Wiederwahl dankte, indem derselbe auch Vorsitzender des Wahlvereins ist, Kollege Schindube, Böhlmann, gewählt. Sendungen sind an ihn zu adressieren. Ferner geben wir den Ausschluß des Stadlers Paul Garzer bekannt, weil derselbe seinen Verpflichtungen nicht nachkam.

Hannover. Am 4. Juli fand hier die erste Generalversammlung des Metallarbeiter-Vereins statt. Nachdem das Protokoll verlesen und für richtig befunden, fand Aufnahme neuer Mitglieder statt und wurde hierauf zur Wahl des Vorstandes geschritten. Der provisorische Vorstand wurde wieder gewählt und setzt sich derselbe aus folgenden Mitgliedern zusammen: C. Michael, erster Vorsitzender, E. Sanderhans, zweiter Vorsitzender, C. Ketteichhohn, Kassier, M. Gries, Schriftführer, F. Wannhoff, C. Blimeister, S. Dehning, Revisoren. Nachdem der Kassierbericht verlesen und von den Revisoren für richtig befunden erklärt war, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Unter Punkt Verschiedenes wurde vom Kollegen Sanderhans beantragt, ein Komitee zu wählen, um sich mit dem Verbandsvorstand in Verbindung zu setzen und die Frage des Beitritts zum Verband zu regeln. Der Antrag wurde abgelehnt und der Vorstand damit beauftragt, die Sache einzuleiten. Alle Sendungen sind zu richten an C. Michael, Zeughausstr. 8, Reifenterrückung wird ausbezahlt bei C. Ketteichhohn, Schatterau 4, Mittags von 12 bis 1 Uhr, Abends 7—8 Uhr.

Mechaniker.

Frankfurt-Bodenheim. Die Zahlstelle Frankfurt des Verbandes der Mechaniker, Optiker u. verw. Berufsgenossen hielt am 4. Juli im Restaurant Mühlwayer eine General-Versammlung ab. Zum ersten Punkt, Bericht des Kassiers, erhält Kollege Karájel das Wort. Derselbe erklärt, daß es ihm in Folge der großen Beitragsrückstände nicht möglich ist, einen richtigen Bericht zu erstatten, und erbeigt diesen Punkt so gut es unter solchen Umständen möglich ist. In Folge dessen wird der Bericht der Revisoren bis zur nächsten Mitgliederberausammlung verschoben. Hierauf erhält Kollege Seeger das Wort zu einem Bericht über die Bezahlung der Bibliothek. Er konstatiert ein regeres Interesse für dieselbe als früher. Zum Bericht über die Rechtschutz-Kommission erhält Kollege Lange das Wort. Derselbe theilt mit, daß der Rechtschutz einmal in Anspruch genommen und, daß die Angelegenheit zu Gunsten des Klägers insofern erledigt wurde, als der Beklagte den Tag vor der zweiten Verhandlung vor dem Amtsgericht Bodenheim sich erbot, dem Kläger die für fehlendes Werkzeug vom Lohn abgezogene Entschädigung herauszubehalten, sowie die erwachsenen Gerichtsosten selbst zu beden. Im zweiten Punkt, Stellungnahme zum Ausschluß und Wahl eines Vorstands, verliest Kollege Berger den Brief des Ausschusses. Da schon in der letzten Mitglieder-Versammlung über denselben diskutiert, jedoch beantragt wurde, mit einem Beschluß darüber noch zu warten, bis geeignetes Material bei der Hand ist, verliest nun Kollege Berger weitere Briefe, die geeignet waren, einen definitiven Beschluß zu fassen. Aus dem Zusammenhang der Briefe geht hervor, daß das Vorgehen des Ausschusses unberechtigt ist und beantragt Kollege Lange den Vorstand in Hamburg, sowie den Ausschluß in Berlin darauf aufmerksam zu machen. Hierauf gelangte folgende Resolution zur Annahme. „Die heutige Versammlung der Zahlstelle Frankfurt-Bodenheim des Verbandes deutscher Mechaniker und verwandter Berufsgenossen erachtet das Vorgehen des ehemaligen Ausschusses in Berlin für unbegründet, da von Seiten des Vorstandes keine Verträge abgeschlossen sind, ebensowenig selbstständig ein Wort für den Ausschluß bestimmt wurde. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des Vorstandes vollständig einverstanden.“ Als Wort für den Ausschluß wurde Hannover für geeignet befunden. — Da nun fernerhin keine Mechaniker-Zeitung mehr erscheint, schlägt Berger vor, die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ als Publikations-Organ anzuerkennen. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen. „Die Versammlung beschließt, die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ als offizielles Publikations-Organ einzuführen, und ersucht den Vorstand, auch seine Bekanntmachungen darin zu veröffentlichen.“ Im dritten Punkt erstattete Kollege Berger Bericht. Er theilt mit, daß in diesem Halbjahre 11 Versammlungen stattgefunden haben, eine Versammlung fiel aus. Sieben Versammlungen besaßen sich mit Vorträgen, drei mit Wahlen und Berichten und Ausschlußangelegenheit. Die 11 Versammlungen wurden durchschnitt-

Ich besuche von 20-21 Mitgliedern, zwei bis drei Gassen. Die gegenwärtige Mitgliederzahl steht auf 56 gegen 65 zu Anfang dieses Jahres. Nach Erledigung dieses Berichtes erklärte Berger, daß er sein Amt als Bevollmächtigter niederlegen muß, da er zum Ausschussmitglied des deutschen Metallarbeiter-Verbandes gewählt ist, und daß er als solches nach Bechluss des Ausschusses kein weiteres Amt mitführen darf. Sodann wurde zur Wahl übergegangen. Als erster Vorsitzender wurde Seeger, als zweiter Vorsitzender Bornemann, als Revisor Kröber gewählt. Im „Verschiedenen“ entschuldigt sich Kollege Lange, daß es ihm in Folge überhäufte Arbeit vorerst unmöglich war, einen Bericht zu erstatten über die Verwaltung und Inanspruchnahme des Arbeitsnachwieses, und ersucht zugleich an seine Stelle einen anderen Vorsitzenden für die Herbergskommission zu wählen. Die darauffolgende Wahl fiel auf Kollege Essler. Nach Erledigung des Fragelakens wird die von 17 Mitgliedern besuchte Versammlung um 11 Uhr geschlossen. Derselbe lieferte, wie fast alle abgehaltenen Versammlungen, den Beweis, daß die „Jünger der Kunst“ es noch lange nicht für nötig erachten, für ihre Interessen einzutreten.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Gannstatt. Der Fachverein der Schlosser und Maschinenbauer beschloß in der letzten Monatsversammlung zu Punkt 2 der Tagesordnung: „Wie stellen wir uns zur Union?“ einstimmig, derselben in corpore beizutreten, in Gemeinschaft mit den anderen hiesigen Fachvereinen der Metallbranche.

Schmiede.

Gannstatt. Der Fachverein der Kesselschmiede von Gannstatt und Berg hielt am 12. Juli seine halbjährige Generalversammlung ab. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war: Stellungnahme zum Metallarbeiter-Verband. Herr Pfeiffer aus Stuttgart hatte die Güte, den Mitgliedern über verschiedene Punkte des Statuts nähere Aufklärung zu geben; ebenso beleuchtete derselbe die Vortheile des Verbandes gegenüber den einzelnen Fach-Organisationen, welche dem Verbands fernbleiben. Mit allen gegen 3 Stimmen wurde beschlossen, dem Verband beizutreten. Was die Verschmelzung der hier bestehenden Fachvereine der Metallbranche anbelangt, so erklärte die Versammlung, einer solchen vorläufig nicht beitreten zu können; jedoch soll immer und bei jeder Gelegenheit den Mitgliedern klar gemacht werden, daß alle Arbeiter und speziell die Metallarbeiter das gleiche Interesse an der Verbesserung ihrer Lage haben und daher ... während sich enger an einander anzuschließen suchen müssen. Wir hoffen nur, daß die Arbeiter sämtlicher Kesselfabriken Deutschlands zu der Ueberzeugung gelangen, daß nur durch eine stamme Organisation unsere Lage verbessert werden kann. Dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes aber empfehlen wir, daß er sein Augenmerk gerade auf die Arbeiter der Kesselfabriken lenken möge; denn gerade diese sind noch die in-differenteiten und am schlechtest organisierten, obgleich ihre Lage gerade keine beneidenswerthe ist.

Münchberg. Der Fachverein der Schmiede und verw. Berufsgenossen hielt am 11. Juli eine Mitgliederversammlung. In derselben wurde einstimmig beschlossen, dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande beizutreten.

Feilenhauer.

Duisburg. Der Feilenhauerstreit dauert fort und ist Bezug ferngehalten.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29) und Zentralkranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter „Vulkan“ (G. S. 89).

Im Anschluß an das von uns versandte Zirkular machen wir die Ortsbeamten nochmals darauf aufmerksam, daß alle für die Kassen bestimmten Sendungen irgend welcher Art nicht mehr an C. Dutenuß zu adressieren, sondern unter dem im Zirkular angegebenen Adressen einzusenden sind. Wir bitten hierauf genau zu achten. Wenn die Sendung für beide Kassen gemeinschaftlich erfolgt, so ist die für die eine Kasse bestimmte Sendung gesondert konvertiert beizulegen.

Wiederholt machen wir darauf aufmerksam, daß der Ausschluß auf Grund § 6 Absatz 1 nur auf Beschluß des Vorstandes erfolgt. Derselbe ist auch im Falle der Zahlungssäumnis sofort beim Vorstände auf den von uns versandten sogenannten Ausschlußkarten zu beantragen und nicht, wie es in letzter Zeit häufig geschieht, dem Vorstande erst mit der jeweilig eingesandten Abrechnung Mitteilung zu machen.

Behufs Fertigstellung des Adressenverzeichnis suchen wir diejenigen Ortsverwaltungen, welche die neugewählten Ortsbeamten bisher

noch nicht angemeldet haben, dies schnelligst nachzuholen.

Auf verschiedene an uns gerichtete Anfragen theilen wir mit, daß auch die Extrabeiträge im Sammelbuch vermerkt werden müssen und zwar so, daß in der 4. Woche des Juli, bezw. August zwei Zeichen (.) eingetragen werden.

Zum Schluß machen wir besonders darauf aufmerksam, daß die Ortsbeamten aus eigener Machtvollkommenheit nicht befugt sind, von dem Kassenbestand der einen Kasse Zuschüsse an die andere zu verabsolgen. Ist an einem Orte eine Kasse in Selbstverlegenheit, dagegen die andere Kasse im Besitze von Geldmitteln, so ist dem Hauptkassierer der betreffenden Kasse davon Mitteilung zu machen, der dann die Anweisung gibt. Wir bitten die Ortsbeamten dies streng zu beachten; im Interesse einer geordneten Buchführung ist es dringend notwendig.

Mit Gruß!

Hamburg, den 10. Juli 1891.

Der Vorstand.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29).

Bekanntmachung.

Den Mitgliedern diene zur allgemeinen Kenntniß, daß an Stelle des ausgeschiedenen Mitgliedes Luckow jetzt D. Böhme als Mitglied der Revisions-Kommission fungirt.

Mit Gruß zeichnet

Darmbed, 10. Juli 1891.

J. A. F. W. Schauer, Vorsitzender.

Abrechnung

der Hauptkasse pro Juni 1891.

Einnahme: Kassenbestand ultimo Mai $\text{M} 214,003,63$. Von Altenburg 350. Alte Neustadt-Magdeburg 50. Altona 130. Ammerbach 28. Ansbach 150. Bayreuth 50. Bettenhausen 200. Braunsberg 30. Braunschweig 1000. Bulach-Weierthelm 100. Cassel 150. Cotta 100. Dietrichsdorf 100. Dresden-Altfeld 250. Durlach 80. Ehrenfeld 200. Eilenburg 142,37. Elpe 100. Ebersfeld 200. Feggenheim 200. Flensburg 100. Frankfurt a. M. 700. Freising 50. Fürth 300. Geestendorf 100. Gießen 1,80. Göttingen 300. Griesheim a. M. 150. Großauheim 400. Hagau 100. Hagsfeld 80. Hamburg (Stadt) 600. Hamburg-St. Georg 500. Hamburg-Rothensburgsort 200. Hamburg-Elbe 200. Hanau 400. Höchst a. M. 70. Hörde 100. Königsberg 200. Raubegast 80. Röttau 100. Ludwigshafen 300. Magdeburg 100. Mainz 200. Meisen 70. Mühlhausen i. Thür. 16,90. Münden i. G. 60. Münster 14,30. Neuenbürg 50. Neustadt i. Odenwald 60. Ottersen 100. Rath 60. Reinbeck 50. Rixdorf 300. Schöneberg 60. Schweinfurt 200. Sieghütte 80. Tettnang 70. Tömscheide 100. Wipfing 100. Wald (Rheinland) 300. Wehlheiden 50. Wermelskirchen 100. Weibbergen 40. Wolfersbüttel 70. An Vulkan gaben laut der Monate März, April Abrechnung ab: Alte Neustadt Magdeburg 110. Barmen 70. Bockenheim 30. Eller 39,70. Georgensgmünd 10,75. Gieselsheim 100. Götting 19. Lüdenscheid 100. Memel 15. Mühlberg 54,84. Redaran 19,55. Offenbach 4,90. Plauen b. Dresden 20. Radebeul 70. Spandau 173,75. Steele 45. Wehrhagen 100. 10 Mitgliedern 13. Beiträge von einzelnen Mitgliedern 462,75. Abgeordnetersteuer 5,80. Bußen 0,40. Von Berufsgenossenschaften zurückbezahlt 160,55. Von G. Fitter, Schiffbeck, zurückbezahlt 4. Vergütung an Porto 22,19. Sonstige Einnahmen 1,90. Summa $\text{M} 226,449,58$.

Ausgabe. Aachen 100. Aschersleben 50. Baden-Baden 100. Barmen 200. Benrath 150. Berlin 4 300. Berlin 7 300. Berlin 8 200. Berlin 9 450. Bielefeld 100. Bochum 70. Breibow 30. Gannstatt 100. Coburg 50. Daubringen 80. Derendorf 120. Dorp 150. Dorp-Grünwald 100. Döhlerbrück 40. Ebersfeld 50. Flingern 150. Forchheim 60. Friedberg 30. Friedrichsfeld 100. Friedenberg 36. Gahlenz 100. Gelsenkirchen 100. Gera 50. Gerresheim 225. Gießen 200. Giebers 50. Glösa 50. Gotha 100. Grötk 150. Großsteinheim 50. Göttingen 60. Heumar-Rath 50. Hochfeld 100. Hudebade 150. Ibersgehofen 50. Kaiserslautern 100. Klossche 150. Langen 100. Reichenheim 170. Rehe 150. Roschwitz 50. Mannheim 75. Montigny 80. Mühlheim a. Rh. 50. Mühlheim-Gladbach 50. Naußlig 80. Neue Neustadt-Magdeburg 90. Nebra 150. Niesern 100. Nürnberg 400. Oberrad 175. Oehringen 60. Pforzheim 160. Pieschen 200. Pirmasens 60. Plagwitz 100. Plauen b. Dresden 200. Quefnburg 100. Rixenau 100. Rheidt 80. Rührort 75. Sachsenhausen 300. Schluttenbach 90. Seddenheim 70. Solingen (Nord) 100. Steele 100. Stollberg (Sachsen) 60. Wangen 30. Weiskhaus 150. Werfen 50. Weßhofen-Gasen 75. Wiesfeld 300. Vom Vulkan erhielten laut der März-April-Abrechnung: Doos 20. Erfurt

100. Friedrichsfeld 48,36. Hannover 250. Kiel 104,26. Klein-Ottersleben 100. Offenbach 65,08. Plauen b. Dresden 60. Mandersacker 20. Krankengeld an: C. Altner, Hamm a. d. E. 84,60. W. Almeroth, Niederlaufungen 30,55. B. Deumel, Ulm 28,20. D. Dietrich, Stabe, 2,45. F. Freitag, Oberstapelm 54,05. G. Friedlin, Schlachtenhaus 84,60. G. Gerlach, Altengronau 28,20. J. Gerlach, Bab Wilbungen 17,10. G. Klossche, Schmika 50. D. Kreher, Großhartmannsdorf 14,75. G. Müller, Steinfurth 9,45. S. Würfel, Rathenow 1,45. R. Qued, Jittau 68,45. J. Stamm, Strelitz 28,85. J. Schäfer, Rügenau 61,10. M. Turbula, Jochenwehdt 88,25. W. Ungner, Frankenstein 54,05. A. Bierod, Greußen 24,15. A. Walther, Haselbach 28,85. R. Wild, Niederstetten 56,40. P. Willing, Schlichtheim 10,05. J. Wulf, Celle 10,05. Kur- und Verpflegungskosten für Dietrich, Stabe 17. G. Würfel, Rathenow 18. Für ärztliche Behandlung 5,70. Für Arznei 6,10. Gehälter an die Beamten der Hauptverwaltung 567,50. Vergütung an die Beisitzer des Vorstandes 19,50. An C. Deisinger 2 Tage Diäten zur Generalversammlung 14. An A. Bremer für Fertigkeiten des Protokolls 14. Druckkosten 1259. M.-Arb.-Btg. 3. und 4. Quartal 1890 und 1. u. 2. Quartal 1891 516. Für Filialstempel 59,50. Porto, Schreibmaterial u. dgl. 191,12. Zurückbezahltes Beitragsgeld und Beiträge 3,50. Sonstige Ausgaben 18,45. An die Zentral-Kranken- und Sterbekasse „Vulkan“ gesehen 4000. Summa 17,199,69.

Bilance:

Einnahme $\text{M} 226,449,58$

Ausgabe „ 17,199,69

Kassenbestand $\text{M} 209,249,89$.

C. Dutenuß, Hauptkassier.

Abrechnung

über die in den Monaten April, Mai, Juni eingegangenen und ausgegebenen Gelder.

A. Allgemeiner Fond.

Einnahme. Kassenbestand am 1. April $\text{M} 14,28$. Berlin A. 30. Braunschweig S. 10. Breslau A. 10. Chemnitz S. 20. Cassel G. 7,50. Dresden S. 10. Essen a. d. R. 13,75. Köln-Chrenfeld S. 12. Rührort B. 5,80. Rindens-Hannover S. 18. Regensburg S. 4, 4. Sangerhausen 20. 13,40. Stuttgart B. 26. Magdeburg D. 10. München B. 10. Meissen S. 6. Summa $\text{M} 241,53$.

Ausgabe. Vertrauensmann f. 9 Woch. $\text{M} 18$ - $\text{M} 144$. Sangerhausen S. Porto, diverse Ausgaben 1,20. Summa $\text{M} 150,20$.

Bilance:

Einnahme $\text{M} 241,53$

Ausgabe „ 150,20

Kassenbestand $\text{M} 91,33$.

B. Agitations-Fond.

Einnahme. Sangerhausen M. $\text{M} 5$. Rührort B. 6,40. Cassel G. 4,50. Berlin A. 3,75. Summa $\text{M} 19,65$.

Ausgabe. Fahrt zum Metallarbeiter-Kongress in Frankfurt hin und zurück 30,80. Druckkosten (800 Stück Berichte) 12. Porto, diverse Ausgaben 14,02. Summa $\text{M} 56,82$.

Bilance:

Einnahme $\text{M} 19,65$

Ausgabe „ 56,82

Defizit $\text{M} 37,17$.

Dieses Defizit ist aus dem allgemeinen Fond gedeckt, folglich bleibt Bestand im allgemeinen Fond $\text{M} 54,16$.

Mit kollegialischem Gruß!

Stuttgart, 6. Juli 1891,

Kurzestraße 3.

Ed. Goldbach,

Vertrauensmann der Feilenhauer Deutschlands.

NB. Etwaige Reklamationen bitte ich baldigst hierher zu senden.

Parteigenossen!

Der Parteitag zu Halle hat den Parteivorstand beauftragt, den Entwurf eines neuen Parteiprogramms auszuarbeiten und diesen spätestens drei Monate vor Zusammentritt des nächsten Parteitages zu veröffentlichen, damit die Partei hinreichende Zeit zur Prüfung habe.

Wir sind diesem Auftrage nachgekommen und bringen untenstehend den Entwurf, wie er nach reiflicher und vielseitiger Beratung festgestellt wurde, zur Kenntniß und Kritik der Genossen.

Gleichzeitig theilen wir mit, daß die Gesamtpartei in ihrer Sitzung vom 20. Juni einstimmig beschlossen hat, den diesjährigen Parteitag, einem Antrag der Erfurter Genossen entsprechend, nach

Erfurt

zu berufen, und ist als Eröffnungstag vorläufig

Sonnabend, der 10. Oktober 1891,

bestimmt worden.

Provisorische Tagesordnung und alle übrigen auf den Parteitag bezüglichen Bekanntmachungen werden, den Bestimmungen unserer Parteioorganisation entsprechend, zu

gegebener Zeit den Parteigenossen zur Kenntniß gebracht werden.

Berlin, den 3. Juli 1891.

Der Parteivorstand.

Entwurf

einiges Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Trennung der Arbeiter von den Arbeitsmitteln — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — und deren Uebergang in den Alleinbesitz eines Theiles der Gesellschaftsglieder hat zur Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen, die arbeitende und die besitzende, geführt.

In den Händen ihrer Aneigner sind die gesellschaftlichen Arbeitsmittel zu Mitteln der Ausbeutung geworden. Die hierdurch bedingte ökonomische Unterwerfung der Arbeiter unter die Besitzer der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen, ist die Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt: des gesellschaftlichen Glanzes, der geistigen Verkümmern, der politischen Abhängigkeit.

Unter der Herrschaft dieser Ausbeutung nimmt die Anhäufung des durch die Ausbeuteten erzeugten Reichthums in den Händen der Ausbeuter — der Kapitalisten und Großgrundbesitzer — mit wachsender Geschwindigkeit zu. Immer ungleicher wird die Vertheilung des Arbeitsproduktes zwischen Ausbeuter und Ausbeutete, immer größer die Zahl und immer unsicherer die Lebenslage der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Klassengegensatz, immer erbitterter der Klassenkampf, welcher die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Die im Wesen der kapitalistischen Produktion begründete Planlosigkeit erzeugt jene immer länger andauernden Krisen und Arbeitslosigkeiten, welche die Lage der Arbeiter noch verschlimmern, durch den Ruin der städtischen und ländlichen Mittelstände — der Kleinbürger und Kleinbauern — den Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen erweitern, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Klasse der Aneigner der gesellschaftlichen Arbeitsmittel den Beruf und die Fähigkeit zur wirtschaftlichen und politischen Führung verloren hat.

Diesem Zustand, der von Tag zu Tag unerträglicher wird, durch Befreiung seiner Ursachen ein Ende zu machen und die Befreiung der Arbeiterklasse zu erringen, ist das Ziel und die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt demgemäß die Umwandlung der Arbeitsmittel — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — in Gemeineigentum der Gesellschaft, und die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische Produktion; eine Umwandlung, für welche die kapitalistische Gesellschaft selbst die materiellen und geistigen Bedingungen geschaffen hat und weiter schafft und durch welche allein die Befreiung der Arbeiterklasse, und mit ihr die Befreiung aller Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme verwirklicht wird.

Die sozialdemokratische Partei hat nichts gemein mit dem sogenannten Staatssozialismus, dem System der Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken, das den Staat an die Stelle des Privatunternehmers setzt und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung des Arbeiters in einer Hand vereinigt.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, weil alle übrigen Klassen und Parteien auf dem Boden des Kapitalismus stehen und trotz der Interessentreifigkeiten unter sich doch die Erhaltung und Stärkung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen; mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern; die Befreiung der Arbeiterklasse ist daher nicht eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe, an der die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig theilhaftig sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. In diesem Befreiungskampfe vertritt die Sozialdemokratie, als die Ver-

treterin nicht bloß der Lohnarbeiter, sondern der Ausgebildeten und Unterdrückten insgesammt; alle Forderungen, Wünsche und Anträge, welche die Lage des Volkes im Allgemeinen und der Arbeiterklasse im Besonderen zu verbessern geeignet sind.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt deshalb gegenwärtig für folgende Forderungen ein.

- 1) Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimrecht mit gehehmer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Wahlen und Abstimmungen. Einführung des Proportionalwahlsystems. Festsetzung der Wahlen und Abstimmungen auf einen Sonn- oder Feiertag. Entschädigung für die gewählten Vertreter.
2) Direkte Anteilnahme des Volkes an der Gesetzgebung mittelst des Vorschlags- und Berufungsrechts. Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Jährliche Steuerbewilligung, Recht der Steuerverweigerung.
3) Entscheidung über Krieg und Frieden durch die gewählten Vertreter des Volkes. Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts.
4) Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5) Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als Privatvereinigungen zu betrachten.
6) Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Begünstigung in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
7) Erziehung zu allgemeiner Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
8) Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und der Rechtshilfe. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter.
9) Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.
10) Stufenweise steigende Einkommen-, Kapital- und Erbschaftsteuer für die Befreiung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit unterordnen.
Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands:
1) Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung auf folgender Grundlage:
a) Festsetzung eines höchstens 8 Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
b) Verbot der gewerblichen Arbeit für Kinder unter 14 Jahren;
c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen;
d) eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter;
e) Verbot des Trucksystems.
2) Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern.
3) Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Diensthöten mit den gewerblichen Arbeitern. Beseitigung der Gewerbe-Ordnungen.
4) Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5) Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich, mit massgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Litterarisches.

Lohnarbeit und Kapital von Karl Marx. Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. Preis 20 Pfg. Verlag des 'Vorwärts' Berliner Volksblatt in Berlin. Das lebhafteste Interesse und Verständnis, welches die Marx'schen Schriften in immer größeren Kreisen der Arbeiterklasse finden, legen es geboten erscheinen, auch 'Lohnarbeit und Kapital', das bisher eine verhältnismäßig geringe Verbreitung gefunden hatte, den Arbeitern in einer neuen Auflage zugänglich zu machen. Im Jahre 1849 als eine Reihe von Beiträgen in der 'Neuen Rheinischen Zeitung' erschienen, geschah dies zu einer Zeit, als Marx seine Kritik der politischen Ökonomie noch nicht abgeschlossen hatte. Während nach dem Original der Arbeiter gegen den Arbeitslohn dem Kapitalisten seine Arbeit verkauft, verkauft er

nach dem jetzigen Text seine Arbeitskraft. In eingehender Weise erörtert Fried. Engels in seiner Einleitung den Unterschied dieser beiden Begriffe, zu deren Erkenntnis auch Marx erst durch seine fortgesetzten Studien gelangte. Durch diese Aenderung erscheint die Broschüre, wie Engels sagt, als eine solche, wie sie Marx 1801 geschrieben haben würde; so aber dürfte sie auch als eine der besten Agitationschriften gestaltet sein, die in treffender Weise den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit in unserer heutigen Gesellschaft darstellt und die Unmöglichkeit einer Ueberbrückung dieses Gegensatzes schilbert, die aber auch zeigt, wie durch die sich immer mehr bergende Kluft zwischen Kapital und Arbeit die Bedingungen geschaffen werden, welche mit Nothwendigkeit die Befreiung der Arbeiterklasse herbeiführen müssen.

An Alle, die es angeht!

'Der Grundstein' richtet an seine werthen Korrespondenten folgende Mahnung zur Nachachtung, deren Studium wir auch den geehrten Korrespondenten der 'Metallarbeiter-Zeitung' empfehlen:

- 1) Jedes zum Abdruck in unserem Blatt bestimmte Manuskript (Abhandlungen, Versammlungsberichte, Sprechsaal-Notizen etc., sowie auch Annoncen) darf nur auf einer Seite des Papiers beschränkt sein, so daß der Seher nicht nöthig hat, es umzuwenden. — Für diejenigen, welche mit der in Betracht kommenden Technik nicht vertraut sind, diene zur Erklärung vorstehender Forderung Folgendes: Es ist, um die Herstellung des Blattes zur rechten Zeit zu ermöglichen, oft, oder richtiger gewöhnlich, notwendig, das Manuskript zu zerschneiden, um es durch mehrere Seher ablesen zu lassen. Das ist eben unmöglich, wenn das Papier auf beiden Seiten beschränkt ist.
2) Es ist auf der linken Seite des Manuskripts ein freier Raum von mindestens einem Viertel der Breite des Papiers behufs Anbringung der erforderlichen Korrekturen, Einschaltungen bezw. Bemerkungen der Redaktion u. s. w. zu lassen. Wir können den Sehern das oft schon an und für sich recht schwer lesbare Manuskript nicht dadurch noch schwieriger machen, daß wir dasselbe kreuz und quer durchschreiben.
3) Es möge Jeder auf die Seher und zum Theil auch auf uns, die wir jedes Manuskript, ehe es zum Satz gelangt, erst genau prüfen, bezw. korrigieren müssen, so viel Rücksicht nehmen, deutlich zu schreiben, besonders Ziffern und Namen, die häufig kaum herauszubringen sind. Die Reihen, welche sich über Unrichtigkeiten in Ihren Einsendungen beklagen, sollten bedenken, daß sie selbst daran schuld sind, wenn sie in unlesbaren Hieroglyphen schreiben. Außerdem müssen die einzelnen Zeilen einen Abstand von mindestens 1 Zentimeter untereinander haben, da bei engerer Schrift die Anbringung von Korrekturen meistens unmöglich, andererseits das Abschreiben so vieler Manuskripte zu zeitraubend ist.
4) Es ist unbedingt erforderlich, daß diejenigen, welche uns Mittheilungen über gewisse Handlungswesen oder Äußerungen gewisser Personen geben, uns überzeugen, daß sie im Stande sind, die Wahrheit der gemachten Behauptungen zu beweisen. Andernfalls sind wir nicht in der Lage, die Einsendungen zu veröffentlichen. Es kann uns Niemand zumuthen — und es entspricht auch gewiß nicht der Aufgabe der Presse — all' und jedem persönlichen Angriff sofort Raum zu geben. Handelt es sich um Sachen von Wichtigkeit, wobei gewisse juristische Erwägungen eintreten, so ist es besser, unsere Freunde schiden und einfach das Beweismaterial zur selbstständigen Verarbeitung.
5) Anonyme Zusendungen berücksichtigen wir unter keinen Umständen. Es kann Jeder, der Discretion von uns verlangt, sicher sein, daß wir dieselbe auch aben werden.
6) Es ist jeder an uns gerichtete Brief genügend zu frankiren, und zwar ein Brief bis 15 Gramm Gewicht mit einer 10-Pfennig-Marke, ein solcher über 15 Gramm bis 250 Gramm mit 20 Pfennig (innerhalb des deutschen Reiches.)
Eingesandte Manuskripte werden nur in Ausnahmefällen zurückgeliefert.

Vereins-Anzeigen.

- Altenburg. (Verein d. Metallarbeiter.) Sonnabend, 25. Juli, Generalversammlung. L. O.: Uebertritt zum Verband. Die Mitglieder mögen sich sehr zahlreich einfinden, da dies ihr eigenes Interesse erheischt, besonders eruchen wir die Restanten, ihren Pflichten bis dahin nachzukommen, widrigenfalls sie unliebsame Folgen zu gewärtigen haben.
Gauten. (Former-Fachverein.) Sonnabend, 18. Juli, Abends halb 9 Uhr, in der 'Goldenen Aue' Vereins-Versammlung.

L. O.: Dringende Stellungnahme zur Centralisation. Verschiedenes. Das Erscheinen Aller erwünscht.

Bodenheim. (Fachv. d. Metallarbeiter.) Montag, 20. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal bei Herrn Hartung, Neugasse 10, insofern des Reichthums nur eine Einzählung. Sämmtliche Mitglieder werden ersucht, hiervon Notiz zu nehmen, da beim Uebertritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband sämmtliche Beiträge bezahlt sein müssen. — Sonntag, 26. Juli, Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Hartung, Neugasse 10, Generalversammlung. L. O.: Abrechnung und Berichterstattung. Auflösung des Vereins. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher zur Abmeldung mitzubringen, um ordnungsgemäß in den Metallarbeiter-Verband überzutreten.

Bodenheim. Sonntag, 26. Juli, Vormittags 12 Uhr, im Lokale des Herrn Hartung, Neugasse 10, öffentliche Versammlung der Metallarbeiter aller Branchen. L. O.: Berichterstattung von der Darmstädter Bezirkskonferenz. Anschluß an den Metallarbeiter-Verband und Konstituierung der örtlichen Verwaltungsstelle Bodenheim. Wahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht der Einberufer.
Darmstadt. (Metallarbeiter-Verein.) Samstag, 18. Juli, außerordentliche Generalversammlung. L. O.: Uebertritt zum Verband. Wahl eines neuen Vorstandes. Verschiedenes.

Dresden. (Verein aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.) Sonnabend, 18. Juli, Versammlung im kleinen Saale des 'Triaxion', Eingang Schützenplatz. Die Versammlungen finden alle 14 Tage daselbst statt. Verkehrslokal und Herberge von jetzt ab bei Emil Bindner, Gasthaus 'Stadt Triest', Hallerstraße 6. Die Unterstüngen werden jetzt beim ersten Vorstehenden Gustav Kranz, Maschinenhausstr. 5, ausbezahlt.

Eilenburg. (Metallarbeiter-Verein.) Sonnabend, 18. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Gasthof zur Stadt Leipzig, Generalversammlung. L. O.: Aufhebung des Vereins. Das Weitere wird in der Versammlung bekannt gegeben. Zahlreiches Erscheinen ist nothwendig.

Flensburg. (Metallarbeiter-Verein.) Sonnabend, 25. Juli, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal, Söderfischerstraße.

Flensburg. Freitag, 31. Juli, öffentliche Klempererversammlung.

Gassen. (Metallarbeiter-Verein.) Sonnabend, 17. Juli, Abends 8 Uhr, im Schützenhause, Mitgliederversammlung. L. O. in der Versammlung. Das Erscheinen aller Mitglieder wird erwünscht.

Gotha. (Verein der Metallarbeiter.) Montag, den 27. Juli, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal, außerordentl. Generalversammlung. L. O.: Auflösung des Vereins. Anschluß an den Metallarbeiter-Verband. — Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die etwaigen restirenden Vereinsbeiträge müssen in dieser Versammlung entrichtet werden.

Glückstadt i. Holstein. (Metallarbeiter-Fachverein.) Sonnabend, 25. Juli, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Generalversammlung. L. O.: Abrechnung vom 2. Quartal. Abrechnung vom Generalfond. Auflösung des Fachvereins. Gründung einer Zahlstelle des 'Metallarbeiter-Verbandes'. Vorstandswahl. Verschiedenes. — Sämmtliche Mitglieder werden dringend gebeten, zu erscheinen.

Homburg. (Metallarbeiter-Verein.) Montag, 20. Juli, im Vereinslokal, Generalversammlung. L. O.: Von 8 bis 10 Uhr: Statutenänderung und Auflösung des Vereins. Von 10 Uhr ab: Konstituierende Versammlung behufs Uebertritt zum Verband. — In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Mitglieder ersucht, vollständig zu erscheinen.

Hannover. (Verein der Schlosser u. v. B.) Montag, 20. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Saale der Herberge, Mitglieder-Versammlung. L. O.: Diskussion über das Verbands-Statut. Fragelasten. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden um Entrichtung der restirenden Beiträge ersucht.

Höchst a. M. (Metallarbeiter-Fachv.) Samstag, 18. Juli, Abends 8 Uhr, im Gasthaus zum Schwanen, außerordentliche General-Versammlung. L. O.: Rassenbericht. Auflösung des Vereins. Anschluß an den Verband und Beschlußfassung über das Vereinsvermögen. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Zahlreiches Erscheinen ist nöthig.

Höchst a. M. Öffentliche Metallarbeiter-Versammlung am Samstag, 18. Juli, Abends 9 Uhr, im Gasthaus zum Schwanen. L. O.: Gründung einer Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Verschiedenes.

Karlsruhe u. Umgegend. (Former-Verein.) Sonntag, 26. Juli, Vorm. 9 Uhr,

im Gasthaus 'Zum Storch', General-Versammlung. L. O.: Abrechnung. Auflösung des Vereins. Alle Mitglieder werden ersucht, ihre Bücher mitzubringen; diejenigen, welche noch mit Beiträgen und Zeitungsgebern restiren, wollen dieselben entrichten, andernfalls sie ausgeschlossen und ihre Namen in der Metallarbeiter-Zeitung bekannt gegeben werden.

München. (Fachv. der Metallschläger.) Montag, 27. Juli, Generalversammlung. L. O.: Jahresbericht. Auflösung des Vereins und Anschluß an den Metallarbeiterverband. Wahl einer örtlichen Verwaltung. Verschiedenes.

München. (Fachv. aller Arbeiter der Metallgewerbe.) Sonntag, 19. Juli, Vorm. halb 10 Uhr, im Saale der Restauration 'Sängerkranz', Ostschmannsplatz, außerordentliche General-Versammlung. L. O.: Statutenänderung. Gent. Auflösung des Vereins. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet der 1. Vorstand. — Sonntag, 19. Juli, Nachm. Vorschlag in die Restauration Augustin, hintere Rathhäusergasse.

München. (Fachv. d. Schmiede u. v. B.) Samstag, 25. Juli, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal, Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung wird im Lokal bekannt gemacht. — Sonntag, 26. Juli, Nachmittags 4 Uhr, Vorschlag ins Vereinslokal, Wirthschaft Jammersthal, Schildgasse 4.

München. (Fachverein der Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 25. Juli, Abends präzis halb 9 Uhr, im Café Merf, außerordentliche General-Versammlung. L. O.: Auflösung des Vereins und Konstituierung einer örtl. Verwaltungsstelle, Sektion der Schlosser etc., des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Aufnahme von neuen Mitgliedern in den Verband. — Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht. Der Vorstand.

Neullingen. (Metallarbeiterfachverein.) Samstag, 18. Juli, Versammlung im Lokale Theodor Haub, Begerstraße. L. O.: Einzählung. Aufnahmen. Uebertritt zum Verband. Verschiedenes. Bei der Wichtigkeit der Frage: 'Stellungnahme zum Verband', sind alle Mitglieder dringend ersucht, zu erscheinen.

Schw. Grund. (Former-Fachverein.) Sonntag, 19. Juli, Vormittags 10 Uhr, außerordentliche General-Versammlung im Gasthaus zum 'Storch' (Rebental). L. O.: Auflösung des Former-Fachvereins und Gründung einer Zahlstelle des deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Vollzähliges Erscheinen dringend nothwendig.

Schneidling-Doos. (Fachv. d. Metallarbeiter u. Arbeiterinnen.) Samstag, 25. Juli, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal, bei Spiegel Generalversammlung. L. O.: Anschluß an den Metallarbeiter-Verband. Auflösung des Vereins. — Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Mitglieder ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Witten a. d. R. (Metallarbeiterverein.) Sonntag, 19. Juli, feiert der Dortmunder Metallarbeiterverein sein Stiftungsfest, wozu unsere Mitglieder eingeladen sind. Diejenigen Mitglieder, welche daran Theil nehmen, wollen sich Sonntag Nachmittags 2 Uhr am Berg-Märkischen Bahnhof einfinden.

Anzeigen.

In 14 Tagen erscheint: Protokoll des allgemeinen Deutschen Metall-Arbeiter-Kongresses und der Kongresse der Klempner, Schlosser, Former, Feilenhauer und Mechaniker zu Frankfurt a. M. 1891. Birta 8 Bogen (128 Seiten). Preis 20 Pf. Bestellungen sind umgehend zu richten an den 'Deutschen Metallarbeiter-Verband', Stuttgart. Kurze Nr. 3.

Aufforderung Die Kollegen, resp. Vorstände, welche mit den jetzigen Aufenthaltsort des Schlossers Gustav Bäddeke aus Braunschweig nennen können, bitte mich sofort zu benachrichtigen. E. Strauß, Glückstadt i. Holst., Gr. Rawentloferstraße 37. Suche für sofort einen tüchtigen Zinn-gießerhelfer, der gut auf Seidel eingearbeitet ist und etwas drehen kann. S. Janaszak, Zinngießer, Lübeck.